

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelleile 35 Pfg., bei Blankvorschrift 40 Pfg.
Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelleile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelleile mit 50% Nachschlag. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. answ. die 10. Spalte, Kolonelleile 40 Pfg. bei Blankvorschrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Finanzvorlage und Locarno.

Vor der Entscheidung des Senats.

SPD. Paris, 23. Februar.

Der von dem Senator Chéron erstattete Bericht der Finanzkommission des Senats über die Finanzvorlage ist am Dienstagvormittag zur Verteilung gelangt. Die Diskussion im Plenum wird am Mittwochvormittag beginnen, und nach den Beschlüssen der verschiedenen Parteien ist es nicht mehr zweifelhaft, daß der Senat die Gesamtheit der von der Kommission vorgeschlagenen neuen Steuern nach der Fassung der Regierungsvorlage annehmen wird. Die Diskussion dürfte kaum mehr als 2-3 Tage in Anspruch nehmen, so daß die Vorlage spätestens am Freitag oder Sonnabend wieder vor die Kammer gelangen wird. Der weitaus größte Teil der Radikalsocialisten, der nach vor einer Woche aufs schärfste gegen die von dem Senat mit der Wiederaufnahme der von der Kammer abgelehnten Maßnahmen begangenen Verletzungen der Verfassung protestiert hat, ist wieder einmal umgefallen und bereit, sich dem Diktat der Ersten Kammer zu beugen. Mit ihnen wird aller Voraussicht nach auch ein Teil der Opposition für die in der vergangenen Woche abgelehnten Steuern stimmen. Als Bedingung dafür hat der Führer der Rechten, der ehemalige Kriegsminister Maginot, in einer am Sonntag gehaltenen Rede von Briand den endgültigen Bruch mit den Sozialisten gefordert, die ihrerseits fast zur gleichen Stunde durch den Mund des Generalsekretärs der Partei, des Abgeordneten Faure, die Erklärung abgegeben haben, daß sie nach dem neuen Umfall der bürgerlichen Linken das Kartell als tot betrachteten und demgemäß in die Opposition zurückkehren würden.

Das Kabinett Briand wird unter diesen Umständen auch in der Kammer eine ausreichende Mehrheit hinter sich haben.

Die Debatte über die Verträge von Locarno soll in der französischen Kammer, gemäß dem Wunsch des Ministerpräsidenten, am Freitag beginnen, damit der Senat ebenfalls noch vor dem 8. März Stellung nehmen kann. Bisher haben sich etwa acht Redner zur Debatte eingetragen. Für die sozialistische Fraktion soll Blum intervenieren. Dagegen dürfte der neu gewählte Abgeordnete von Belfort, André Tardieu, von dem man allgemein erwartet, daß er als enger Mitarbeiter von Clemenceau die Gelegenheit zu einer großen Rede gegen die Außenpolitik Briands benutzen

werde, an der Debatte nicht teilnehmen. In Wirklichkeit hält es Tardieu wohl faktisch in keinem persönlichen Interesse nicht für klug, sich schon bei seinem ersten Auftreten eine Niederlage zu holen, da er sich klar darüber ist, daß in der Kammer eine starke Mehrheit für Locarno vorhanden ist. Die Annahme des von Paul Boncour verfaßten Berichts in der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten mit etwa 25 Stimmen gegen 4 reaktionäre Stimmen dürfte in dieser Hinsicht charakteristisch sein.

Der Bericht Paul Boncours wird am Mittwoch zur Verteilung gelangen.

Abschließend wird darin gesagt, von welchem Standpunkt aus man die glücklichen Ergebnisse der Konferenz von Locarno prüfe, immer festzustellen sei, daß die dort angenommenen Verträge als Teilverwirklichung des Genfer Protokolls im Geiste dieses Protokolls zur Anwendung gebracht werden müßten. Auf den Vorbeeren von Locarno sich nun ausruhen zu wollen, wäre gefährlich. Es gelte, das Friedenswerk immer mehr zu vervollkommen, zumal die Verträge von Locarno kein Ende, sondern einen Anfang bedeuteten. Die Kommission fordert die Kammer schließlich auf, die Verträge von Locarno zu ratifizieren, weil man sich damit auf den Weg gebe, an dessen Ende notwendigerweise die allgemeine Organisation des Friedens stehe.

SPD. London, 24. Februar. (Radio.)

Der englische Schatzkanzler teilt im Unterhaus mit, daß der französische Finanzminister, soweit es die parlamentarische Lage in Frankreich gestatte, nach London kommen werde, um eine Klärung des englisch-französischen Schuldverhältnisses herbeizuführen. Man erwartet, daß die Reise Ende Februar erfolgt.

U. Paris, 24. Februar.

Die französische Heereskommission hielt gestern eine Sitzung ab, die zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Rechtsparteien und des Kartells führte. Besprochen wurde die Einberufung der Referenten für 1926; die Painlevé schon zweimal von der Kammer verlangt hat. Die Mehrheit der Kommission sprach sich gegen die Einberufung aus; nur die Einberufung der Referentoffiziere wurde bewilligt.

Zentrumsführer gegen den Volksentscheid.

SPD. Köln, 23. Februar.

Der erweiterte Ausschuss der Kölner Zentrumspartei, ein Gremium von etwa 250 Personen, nahm in einer sehr lebhaft verlaufenen Versammlung Stellung zur Fürstenabfindung. Reichs- und Landtagsabgeordnete des Zentrums wandten sich entschieden gegen den von Sozialdemokraten und Kommunisten geforderten Volksentscheid, da die Enteignung den „Rechtlichen Gelehen widerspreche“. Von Zentrumsarbeitern wurde gegen diese Auffassung lebhaft Einspruch erhoben. Jedoch blieben diese Redner, die sich zum Dolmetisch tanzender Kölner Zentrumsarbeiter machten, in einer hoffnungslosen Minderheit, weil der Ausschuss mit seinen siebenmal gestrichelten Vertretern kein objektives Bild der Meinung der Kölner Zentrumsanhänger darstellte. Nach längerer erregter Debatte wurde gegen die Stimmen der Opposition einer Entscheidung zugestimmt, in der zur Regelung der Fürstenabfindung ein Reichsgesetz gefordert wird, das sich aufbaut auf den Entscheidungen eines vom Reichstag eingesetzten Schiedsgerichts. Bereits früher getroffene Vereinbarungen zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstenthümern sollen der Nachprüfung und Entscheidung des Schiedsgerichts unterliegen.

Mit dieser Auffassung über die Fürstenabfindung hat sich die größte westdeutsche Organisation der Zentrumspartei in stärksten Gegensatz gesetzt zu den von der Westdeutschen Arbeiterzeitung, dem Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, bisher verschiedenen Ansichten gestellt. Es ist kaum anzunehmen, daß die katholischen Arbeiter des Rheinlands sich bereit finden werden, dem Versuch, durch ein faules Kompromiß die Fürstenabfindung zu erledigen, zuzustimmen.

Bayerische Bauern unterstützen das Volksbegehren.

Aus München wird dem SPD. gemeldet, daß die starke Anteilnahme der Bauern an der sozialdemokratischen Aktion für entschädigungslose Enteignung äußerst auffällig ist. An mehreren Orten zeigt sich, daß die Wähler des Bayerischen Bauernbundes, der im Reichstag durch seine Fraktionsgemeinschaft mit der Wirtschaftspartei verbunden ist, ihre alte demokratische Grundgesinnung nicht verleugnen und zusammen mit den ländlichen Arbeitern bei den Rundgebungen für das Volksbegehren mitwirken.

Fürstendiener wider Willen.

Die deutschnationalen Abgeordneten im Rechtsausschuss des Reichstags sind eifrig bemüht, den deutschen Fürsten ungeheure Werte zu erhalten. In der Sitzung vom Dienstag beantragten sie, den Fürsten bisher unbestrittenes oder anerkanntes Privateigentum zu belassen. Die Wirkung der Annahme des Antrages wäre gewesen, daß ein Land bisher anerkanntes Eigentum, meist in Form von Realen, als Eigentum begründeten, hätten respektiert

werden müssen, auch wenn sie auf einem Mißbrauch fürstlicher Gewalt beruhten. Die Herrschaften Platon-Krojanke, Schwedt, Wusterhausen, die Schmalkaldener Forsten, die deutsche Fürsten auf Kosten deutscher Länder sich in den Formen des Reiches, aber gleichwohl widerrechtlich, angeeignet haben, wären dann den Fürsten verblieben. Wie verhielten sich die Kommunisten gegenüber dem Antrag der Deutschnationalen auf die Talschen des Volkes? Sie enthielten sich, wie am Freitag bei dem Antrag der Deutschnationalen, die Auseinandersetzung mit den Fürsten dem Reichsgericht zu übertragen, der Bestimmung. Wenn Wilschm der Letzte noch Orden zu verleihen hätte, würden die Kommunisten Unartigkeit auf die Rettungsmöglichkeit haben, denn sie würden, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auf dem Posten wären, mit den Deutschnationalen im Bunde das Fürstenermögen retten.

Der Faschismus in Belgien.

Gegenwehr der Arbeiterschaft.

SPD. Brüssel, 23. Februar.

Die Reaktion in Belgien kann es nicht verschmerzen, daß die demokratisch-sozialistische Regierung seit am Ruder bleibt. Das ist die Erklärung dafür, daß in letzter Zeit der Faschismus in Belgien immer mehr auf sich greift. Täglich scheinen neue faschistische Organisationen aus dem Boden. Aber dabei handelt es sich stets um dieselbe Handvoll Personen. Neuerdings haben sie zur Gründung verschiedener Militärverbände gegriffen mit dem ausgesprochenen Zweck, unter Umständen die Macht an sich zu reißen. Das geschieht unter dem Beifall eines großen Teiles der bürgerlichen Presse.

Dieses Gebaren ist der Arbeiterpartei, die sich ihrer Macht bewußt ist, endlich zu bunt geworden. Am Dienstag wurde in einer gemeinsamen Vorstandssitzung der Partei und der Gewerkschaften beschlossen, eine mächtige Selbstschutzorganisation, wesentlich nach dem Muster des österreichischen Selbstschutzes, zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten ins Leben zu rufen. Zunächst sollen 25 000 Mann aufgestellt werden, eingeteilt in 100 Hundertschaften und 9000 Mann zur besonderen Verwendung. Außerdem ist für den Bedarfsfall eine Generalmobilisierung von mehreren hunderttausend Mann vorgesehen. Dieser Selbstschutz wird unter fachkundiger Zentralleitung stehen.

Vor dem Rücktritt Bratianus.

U. Bukarest, 23. Februar.

Ministerpräsident Bratianu hat dem König in einem Schreiben die Demission der Regierung mitgeteilt, es jedoch dem König überlassen, wann er das Demissionsgesuch veröffentlichten will. Man glaubt, daß die Regierung Anfang März zurücktreten wird.

Den besonderen Anlaß für diesen schon seit langem erwarteten Schritt gab der Ausfall der rumänischen Gemeindevahlen, die den Regierungsparteien eine erhebliche Niederlage brachten.

Anfurbelung der Wirtschaft durch Kredite.

Der Reichskanzler Dr. Luther hat in einer jüngst im Haushaltsausschuss des Reichstages gehaltenen Rede angekündigt, die Reichsregierung würde sich daran machen, die festgefahrene Wirtschaft anzukurbeln. Die Anfurbelung sollte ein vom Reich der Reichsbahn-Gesellschaft einzuräumender Kredit von 100 Millionen Mark bewerkstelligen, der sie instandsetzen soll, notwendige Erneuerungsarbeiten in Angriff zu nehmen und bei der Industrie entsprechende Bestellungen zu machen. In erster Linie soll der Kredit für die Beschaffung von Oberbaumaterial und für Brückenkonstruktionen verwendet werden. Im Rahmen dieses Anfurbelungsprogramms liegt auch der Kredit von 300 Millionen Mark für Sowjetrußland, der ursprünglich von einem Bankenkonzern gegeben und für den das Reich in Gemeinschaft mit den Ländern eine Bürgschaft von 60 Proz. des Gesamtkredits übernehmen sollte. Wie gemeldet wird, sind die Verhandlungen zwischen Reichsbahn- und Reichsfinanzverwaltung wegen des 100-Millionen-Kredits zum Abschluß gekommen. Das Kreditabkommen mit Rußland scheint so gut wie fertig zu sein. In das Abkommen über den 300-Millionenkredit fällt der Kreditvertrag von 30 Millionen Mark, der zwischen der Sowjetrußland Otto Wolff in Köln und der Maschinen- und Bohrgerätfabrik Alfred Wirth & Co. K. a. M. und der Sowjetregierung bereits zustande gekommen ist. Der Kredit soll in erster Linie Lieferungen für die Installation der russischen Rappthainindustrie ermöglichen. Schon vor einigen Monaten war mit einem Bankenkonzern unter Führung der Deutschen Bank und gleichfalls unter Staatsgarantie ein Kreditabkommen mit Rußland über 100 Millionen Mark getroffen worden. Dieser Kredit konnte nicht voll ausgenutzt werden, weil die Banken allzu kurzfristige Rückzahlungsbedingungen gestellt hatten. Diesmal soll der Kredit vier Jahre laufen. Die Verhandlungen, die die Sowjetvertretung mit den Großbanken wegen des 300-Millionenkredits gepflogen hatten, waren ergebnislos verlaufen, weil die Banken die Kreditbedingungen der Banken als zu drückend angesehen hatten. In Stelle des ursprünglich geplanten Abkommens über den Gesamtkredit treten einzelne Kreditverträge mit den Lieferfirmen selbst, wie z. B. der bereits abgeschlossene Vertrag mit Otto Wolff. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch bei den Einzelverträgen die Banken ihre Hand im Spiel haben. Die Einräumung des Kredites wird ermöglicht durch die augenblicklich bestehende außerordentliche Geldflüssigkeit, die eine Wirkung der Wirtschaftskrise ist. Die Frage ist nur, wie es kommt, daß die Banken plötzlich in der Lage sind, langfristige Kredite, die die deutschen Unternehmer nicht bekommen können, den Russen zuzugestehen. Der Grund liegt darin, daß sie langfristige Kredite nur dann gewähren, wenn sie das Risiko selbst zu tragen brauchen, wenn ihnen also der Staat die Sorge abnimmt, die eigentlich ihnen selbst zufallen müßte, die Sorge um die Sicherheit der von ihnen gewährten Kredite. Die Tatsache, daß sich die Kreditverhandlungen wegen allzu schwerer Kreditbedingungen zerlagerten hatten, läßt darauf schließen, daß die Bedingungen auch jetzt, vielleicht nicht ganz so schwer, aber auch keineswegs leicht sein werden. Die vom Reich und den Ländern übernommene Garantie ermöglicht es also den Banken, aus der Arbeit der russischen Proletariat dauernd große Gewinne zu ziehen, die ihnen durch die Garantie des deutschen und des russischen Staates gesichert sind.

Das Schlagwort von der Anfurbelung der Wirtschaft ist nicht neu. Es stammt aus dem Jahre 1924. Im Frühjahr 1924 war es der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der den erfolgreichen Versuch machte, den Eintritt der von ihm selbst jetzt als „Reinigungs- und Stabilisierungsphase“ bezeichneten Wirtschaftskrise durch eine Kreditinflation hinauszuschieben. Das Ergebnis war, daß die Warenpreise in ebenso riesigen Ausmaßen anstiegen wie die Warenpreise. Die Wirtschaft ist zwar mit Erfolg angekurbt worden, aber das hat nicht verhindert, daß sie später desto heftiger festgefahren ist. Daß sich das jetzt wiederholt, ist um so eher zu erwarten, als die Anfurbelung der Wirtschaft durch Kredite begleitet ist von einer Abstopfung der heimischen Kaufkraft durch den Versuch, die Betriebsstilllegungen auf der ganzen Linie zum Abbau der Löhne zu benutzen. Die mit Staatsgarantie ausgesetzten Kredite sollen also nur die Kaufkraftlücke ausfüllen, die durch den Lohnabbau aufgerissen wird. Anfurbelung der Wirtschaft durch Kredite und Abstopfen der heimischen Kaufkraft durch Lohnabbau sind zwei Seiten einer Medaille. Schon aus diesem Grunde ist zu erwarten, daß es vielleicht gelingen kann, den festgefahrenen Wagen in Bewegung zu bringen, aber sicherlich nicht, ihn in dauernder Bewegung zu erhalten.

Die Sowjetregierung wird von der deutschen Unternehmerschaft nicht nur als ein zuverlässiger Schuldner angesehen, man hält sie sogar, wie die oben geschilderte Kreditpraxis der Banken beweist, für zuverlässiger als die deutschen Privatunternehmer. Die Volkszeitung spricht der Sowjetregierung in einer Betrachtung über den Rußlandkredit ein bemerkenswertes Lob aus. Sie schreibt:

Soweit man nach dem Verlaufe der letzten Jahre urteilen kann, hat die Sowjetregierung mit außerordentlicher Energie Ordnung in ein Chaos zu bringen gesucht. Nicht ohne Erfolg, der namentlich auf dem Gebiete der Währungsregulierung hervorzuheben ist. Indes auch im einzelnen haben sich die Russen bei allen Geschäften, die sie mit dem Auslande eingingen, einer

entschiedenen Gewissenhaftigkeit im Punkte der Erfüllung der geldlichen Verpflichtungen bestreift. Dieses Jugum ist teils ihnen erst unlängst der Leiter der AGG, Geheimrat Deutsch, aus der, als ein Bahndreher für die Wiederbelebung des deutsch-russischen Geschäftsverkehrs, gelten kann. Und auch in den Kreisen unserer Hoffinanz läßt man auf die Auffassung, daß gegenüber den Sowjetrußen nach ihrem bisherigen Verhalten in geschäftlichen Dingen kein Anlaß zu einem von bloßer Voreingenommenheit diktierten Mißtrauen vorliegt, also kaufmännische Transaktionen mit Russland nach den Grundsätzen der hierbei üblichen Vorsicht wohl am Platze seien.

Der Anteil am Arbeitsprodukt des russischen Proletariats, der von der deutschen Großfinanz und Großindustrie als Entgelt beansprucht wird, ist überdies nicht gering. Man traut der Sowjetregierung zu, daß sie ein zuverlässiger Schuldner ist und daß sie den Anteil der deutschen Kapitalisten von den russischen Arbeitern und Bauern mit Gewissenhaftigkeit eintreiben und abliefern wird. Man hält die Sowjetregierung aber nicht nur für vertrauenswürdig in bezug auf die Verzinsung und Rückzahlung, sondern auch in bezug auf die zweckmäßige Verwendung der Kredite. Denn eine falsche Verwendung würde die Sicherheit des Kredites selbst in Frage stellen. Was in Russland besteht, ist jenseitiger Sozialismus. Es ist ein Staatskapitalismus, der zwar nicht ohne Kapital, aber doch, soweit die Staatsindustrie in Betracht kommt, ohne Kapitalisten auskommen kann. Wenn die deutschen Kapitalisten der Sowjetregierung wegen ihrer Verlässlichkeit in der Erfüllung ihrer geschäftlichen Verpflichtungen Lob spenden, so erkennen sie damit gleichzeitig an, daß es auch ohne Unternehmers geht. Das wird man sich für die Zukunft merken müssen.

Das Gesetz gegen Schmutz und Schund

H. F. Der Bildungsausschuß des Reichstags beschäftigt sich seit längerer Zeit mit einer Gesetzesvorlage, die diesen Titel trägt, und die von der deutschen Großfinanz und Großindustrie als notwendig und die große kulturelle Bedeutung eines derartigen Gesetzes stellt sich immer mehr heraus, je länger die Beratungen dauern. Die Vertiefung in die Einzelheiten zeigt, daß dieses Gesetz, das nur sieben Paragraphen umfaßt, von der kulturellen und geistigen Seite her von größter Wichtigkeit ist. Von sozialdemokratischer Seite wurde das von vornherein stark betont. Daher die Abweisung gegen das Gesetz. Jetzt dämmert es auch den bürgerlichen Kreisen, die mit der fleischlichen Orthodoxie nicht gerade durch die und dann gehen wollen, wenigstens insoweit, daß man sagt, es müssen härtere Strafen gegen die mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes geschaffen werden. Denn auf die Handhabung kommt hier gerade alles an. Und zwar deshalb, weil für das, was den Kern des Gesetzes ausmacht, eine eindeutige Begriffsbestimmung überhaupt nicht gefunden werden kann! Darüber ist man sich nun auf allen Seiten klar. Die Erkenntnis dieser Tatsache gestaltet die Beratung der Vorlage so überaus schwierig.

Was ist „Schmutz“ und „Schund“? Man könnte Pele für die beste Beantwortung der Frage anschreiben, niemand würde sich den Preis verdienen. Ein ganz drastisches Beispiel dafür liefert die Vorlage selbst. In ihr in ein Anhang beigegeben, der eine Liste von „Schundbroschüren“ enthält, die in Deutschland unter den Schulkindern verbreitet sind. Diese Liste enthält 103 Nummern. Man darf annehmen und zugeben, daß mit dieser Indexliste bei der Auffstellung sehr sorgfältig und auch nicht gerade engstirnig verfahren worden ist. Und doch wird sehr festgestellt, daß diese Liste unzuverlässig ist. So weist der Zentralverein deutscher Buch- und Zeitschriftenhändler darauf hin, daß „von den in der Liste der Schundbroschüren genannten Sammlungen eine Anzahl von amtlichen Stellen, von Lehrern und sonstigen Jugendbildnern als gute Jugendlektüre empfohlen worden“ ist! Hier stehen sich also maßgebliche Urteile über das, was gut und schlecht ist, schroff gegenüber! Und es ist ganz unmöglich, diesen Zustand durch ein Gesetz beseitigen zu können. Versucht man es aber dennoch, dann muß mit der allergrößten Vorsicht zu Werke gegangen werden.

So kann es den Kenner der Dinge auch nicht wundern, wenn man im Anschluß nach mindestens einem Duzend Sitzungen jetzt in erster Lesung bis zu § 4 gekommen ist. In diesen vier Paragraphen wurden bisher nicht weniger als 43 zum Teil sehr ausführliche Anträge gestellt und behandelt. Alle Fraktionen sind an dieser Antragsabfertigung beteiligt. Der Vorsitzende des Ausschusses, der deutschnationale Abgeordnete und Kirchenrat Mumm drängt immer wieder auf Beschleunigung; ihm dauert die Geschichte viel zu lange. Dabei passiert es ihm, daß er sogar von seinen eigenen Parteifreunden im Stich gelassen wird. Aber ein Ausschußmitglied der Deutschen Volkspartei war es, das in einer der letzten Sitzungen diesem Drängen gegenüber ausdrücklich hervorhob, es sei bisher von allen Seiten mit größter Sachlichkeit und Sachkenntnis gearbeitet worden. Die Schwierigkeiten liegen eben in der Materie selbst, die da in einen gesetzlichen Rahmen gepreßt werden soll.

Der Schwerpunkt eines derartigen Gesetzes liegt lediglich in den Verboten, den Menschen, die berufen sind, es auszuführen. Deshalb wurden auch lange Überlegungen angestellt, wie die Landesprüfstellen und als oberste Instanz die Oberprüfstelle des Reiches auszugestalten seien. Man muß bemüht sein, Garantien dafür zu schaffen, daß durch reaktionäre Methoden unter der Firma „Schmutz und Schund“ nicht freizeitschriftliche und freizeitschriftliche Literatur getroffen werden kann. Das Gesetz muß in dieser Hinsicht „lieb- und richtig“ sein. Wir hatten es trotz aller Bemühungen für unmöglich und lehnen deshalb ein solches Gesetz überhaupt ab. Die Mehrheit der Bürgerlichen will es aber trotz alledem.

Es ist uns leider nicht gelungen, die Landesprüfstellen wegzubringen und die ganze Angelegenheit von vornherein zu einer Reichsangelegenheit zu machen. Das wäre gerade in einer allgemeinen Kulturfrage, wie dieser, selbstverständlich gewesen. Aber der piepische Kleinstaatsgeist spukt eben noch weiter in der deutschen inneren Politik. Seinen markantesten Ausdruck findet er auch in diesem Falle im Reichsrat, der sich „nicht ausschalten“ lassen will. Wie diese Landesprüfstellen — es werden nach Angaben der Regierung etwa vier sein — z. B. in Bayern arbeiten werden, kann man sich leicht vorstellen. Kostproben davon liegen jetzt schon genlegend vor. Und Bayern wird todsicher eine Prüfstelle erhalten. Die „geistige Kultur der dort herrschenden Clique ist allerdings besonderer Art. Diese aber gerade muß überwinden und einflußlos gemacht werden! Um nun in der Oberprüfstelle des Reiches den Einfluß der Länder nicht etwa zu verlieren, besteht man darauf, daß sie zur Hälfte aus Leuten zusammengesetzt sein soll, die der Reichsrat hineinschickt. Ueber diese wichtige Frage hat sich der Ausschuss lange unterhalten, sie ist noch nicht entschieden.

Es ist ein Übel, einen derartigen Dualismus in die letzte Instanz zu stellen. Wir vertreten den Standpunkt, daß das Reichsministerium die Verantwortung nach außen zu tragen hat, und daß der Oberprüfstelle nur sachkundige und amtlich völlig unabhängige Personen angehören dürfen. — Die große Öffentlichkeit kann nicht eindrucklich genug auf dieses kommende Kulturgesetz aufmerksam gemacht und daran interessiert werden! —

Ein Reichsverband der Haus- und Grundbesitzer. In Halle ist der Reichsverband der Haus- und Grundbesitzer Deutschlands gegründet worden. Seine Ziele sind die Zwangswirtschaft zu beseitigen und den Haus- und Grundbesitzern vor „Entrechtung“ zu schützen.

Der Kampf gegen Mussolini.

Das italienisch-amerikanische Schuldenabkommen.

In seiner Nummer vom Sonnabend appellierte der Vorwärts im Namen der europäischen Demokratie an die führenden Politiker der Vereinigten Staaten. Er legte ihnen dar, daß das italienisch-amerikanische Schuldenabkommen, das vor der Ratifizierung stehe, die politische Stellung Mussolinis in Italien und auch in Europa außerordentlich gestärkt habe. Dies um so mehr, als es Cailaux, dem Sendboten der französischen Regierung, nicht gegliedert sei, ein ähnliches Abkommen zustande zu bringen. Der Vorwärts schrieb:

„Es muß dem amerikanischen Volke in aller Sachlichkeit gesagt werden, daß die Gewährung eines günstigen Schuldenabkommens an die Regierung Mussolini eine schwere moralische Niederlage für die Demokratie in Europa — ohne Unterbrechung des Landes — gewesen ist. Mussolini spielt heute in Europa, vielleicht in noch schlimmerem Maße, die Rolle, die Wilhelm II. in der Vorkriegszeit gespielt hat. Nach seinen jüngsten reberischen Leistungen gegen Deutschland haben englische liberale Blätter gegen ihn den Ausdruck „mad dog“ (toller Hund) mit vollem Recht geprägt. Jeder amerikanische Bürger muß wissen, daß er mit der Zustimmung zur Ratifizierung des Mellon-Bolpi-Abkommens eine Prämie dem kriegsflüsternden faschistischen Imperialismus erteilt. Ohne es zu wollen, macht er sich daher mitschuldig an der Schürung eines kommenden neuen europäischen Krieges. Er macht sich ferner unbewußt heute schon mitschuldig an der mittelalterlichen Entdeutlichungspolitik Mussolinis gegen die wehrlosen deutschen und jugoslawischen Minderheiten auf italienischem Boden. Er macht sich mitschuldig an der grausamen Unterdrückung aller innerpolitischen Gegner des Faschismus, der katholischen Volkspartei, der Demokraten, der freien Gewerkschaften, der Freimaurer und der Sozialisten.“

In der Abendnummer vom Dienstag berichtet nunmehr das Zentralorgan über das Echo, das der Appell des Vorwärts in den Vereinigten Staaten gezeitigt habe. Er führt die Stimmen einer Anzahl Senatoren an, die sich in seinem Sinne ausgesprochen haben, so daß der Ratifizierung im Senat der Vereinigten Staaten einige Schwierigkeiten erwachsen werden. Ob die Opposition stark genug ist, das Zustandekommen des Vertrages zu verhindern, steht dahin.

Wir verstehen den Appell des Vorwärts, glauben freilich, daß bei der politischen Lage, in der sich Deutschland befindet, dieser Appell zunächst Aufgabe der französischen Demokratie gewesen wäre. Auch die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien haben in den letzten Monaten sichtbar gelitten, aber der Gegensatz zwischen diesen beiden Staaten der Entente ist nicht so groß, wie er sich durch die letzte Rede Mussolinis zwischen Italien und Deutschland herausgebildet hat. Die Stellung der Sozialisten gegen den Faschismus ist ganz von selbst gegeben. Wir bezürchten, daß durch die Appellpolitik des Vorwärts an die Vertreter der kapitalistischen Demokratie in den Vereinigten Staaten der Gegensatz zwischen dem Diktator Italiens und der deutschen Republik noch verschärft werde. Die Sozialisten aller Länder solidarisieren sich mit der Masse des arbeitenden italienischen Volkes. Ob diesem Kampfe durch die Politik des Vorwärts gedient sein kann, steht dahin. Die Folge davon dürfte sein, daß sich die national-faschistischen Gegensätze noch verschärfen, während es die Aufgabe der sozialistischen Internationale sein muß, die Mauern des Nationalismus abzubauen.

Wo mit der Reform begonnen werden muß.

Durch die Behandlung der großen politischen Vorgänge ist ein Vorkommnis nur wenig beachtet worden, das die deutschen Zustände grell beleuchtet und sehr deutlich zeigt, wo in Deutschland mit der Reform begonnen werden muß, soll auch nur ein kleiner Fortschritt erzielt werden. Ueber die Befehle des Ernährungsministeriums konnten sich die Parteien offenbar nicht gleich einigen, so daß es beim Amtsantritt der zweiten Regierung Luthers unbefehlet war. Die Wahl fiel dann auf den Zentrumsmann Dr. Haslind, der aber selbstamerweise sein Amt — wie sich jetzt herausstellt — nicht antrat. Warum? Darüber wird der Schleier durch den Banerischen Kurier gelüftet, der nämlich mitteilt, die während den Besuchen hätten Haslind e kurz und bündig erklärt, sie würden ihm das Regieren unmöglich machen; dann heißt es wörtlich: „Schon die Art der Einführung in sein Amt sei geradezu beleidigend für den neuen Mann gewesen. Während es sonst üblich sei, daß der Staatssekretär im Ministerium den neuen Minister begrüßt, habe man gegenüber Dr. Haslind diese Anstandspflicht völlig außer acht gelassen. Als der Minister an seine Arbeit heranging, habe er auf Schritt und Tritt Hemmnisse gefunden, so daß er sich letzten Endes völlig isoliert fühlte. Tatsächlich sei diese Isolierung bewußt vollzogen worden, und man wisse in unterrichteten Kreisen, daß im Ministerium Wendungen gebraucht worden seien, wie die folgen-

den: „Wir werden ihn schon müde machen“ und: „Wir werden ihn nicht unterlassen.“

Statt der Bureaucratie die Zähne zu zeigen und ihr Marzuzumachen, wozu sie da ist, zog der neue Herr seine Strafe. Die Offiziellen verkündeten, Haslind sei krank und müsse erst einen Erholungsurlaub antreten. Die Reichsblätter, die hinter den frondierenden Beamten stehen, wählten mitzuteilen, Haslind werde nicht zurückkehren und sein Amt überhaupt nicht antreten.

Das Berliner Tageblatt meint, es sei unverständlich, daß Dr. Haslind auf Urlaub ging, anstatt sofort und mit Energie den Kampf gegen die frondierenden Beamten aufzunehmen, wozu ihm das Gesetz ja alle notwendigen Mittel bot. Die ganze Angelegenheit würde aber noch weit merkwürdiger werden, wenn sich das im Reichstag kolportierte Gerücht bewahrheiten sollte, daß Dr. Haslind aus seinem Urlaub nicht auf seinen Posten zurückkehren solle und vermuthlich ein anderes Ressort, etwa das Ministerium für die besetzten Gebiete, übernehmen werde.

Was die demokratische Einsicht! Jetzt glaubt das Berliner Tageblatt, Haslind könne den Bureaucratenstall reinigen, er, der beim ersten Widerstand schleunigst in „Erholungsurlaub“ abschob! Die Germania tut so, als ob Haslind sofort nach „Wiederherstellung seiner Gesundheit“ das Amt antreten werde. Natürlich! Denn das Zentrum ist durch den staubalösen Vorgang auch bis auf die Knochen blamiert, es muß doch so tun, als ob die Geschichte mit der Gehejratswirtschaft stöhnte und mit ihr nicht fertig wurde, wieviel weniger wird es die bürgerliche Demokratie werden, fernermaßen die Bureaucratie heute noch ganz anders im Sattel sitzt als zu Bismarcks Zeiten. Für unsere Partei ist der Vorgang ein Fingerzeig, wo zuerst mit der Reform begonnen werden muß, und zwar so rückichtslos als möglich.

Die Denkschrift der Gewerkschaften.

SPD. Am Dienstagabend überreichten die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund im Bundesbureau des ADGB, Vertretern der Presse die von den Gewerkschaften ausgearbeitete Denkschrift über die deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Produktionsverhältnisse. Die Genossen Graßmann, Eggert und Spliedt legten eingehend den Zweck der Denkschrift dar, die den Standpunkt der freien Gewerkschaften gegenüber dem Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Ausdruck bringen soll. Insbesondere betonte Eggert, daß an eine Wiedererrichtung der zentralen Arbeitsgemeinschaft nicht zu denken sei. Trotzdem lassen sich die deutschen Gewerkschaften nicht ausschalten, wenn es heißt, zum Wohle der deutschen Wirtschaft zu raten und zu raten. Heute gelte es, alle Mittel zu ergreifen, um die drei Millionen Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozess einzubeziehen.

Genosse Graßmann unterstrich, daß es den Gewerkschaften darauf ankomme, den letzten Arbeiter solange wie möglich im Betrieb zu halten. Sie wollten keine Staatspensionäre erzeugen. Sie müßten aber darauf bestehen, daß Fürsorge getroffen wird, damit die Arbeitskraft des deutschen Qualitätsarbeiters der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt.

Genosse Spliedt ging auf das äußerst wichtige Gebiet der Sozialpolitik ein. Er stellte fest, daß die Unternehmerräte gegenwärtige Räte beizubehalten, um Kündigungen der Tarife vorzunehmen. Selbstverständlich würden die Gewerkschaften ein solches Vorgehen nicht tadellos hinnehmen. Ein solcher Kampf muß volkswirtschaftlich schädliche Folgen haben. Er werde den Arbeitern aber vom Unternehmertum aufgezwungen!

Nachklänge vom Reichsbannerlag.

Der preussische Ministerpräsident Genosse Braun hat auf der Reichsbannertagung in Hamburg u. a. auch davon gesprochen, daß sich jeder einzelne Organ des Richterstandes schuldig vor die Feinde der Republik stellen und gewisse Justizorgane zum Schaden des Ansehens der Justiz bemüht seien, das Treiben gewisser national-faschistischer Elemente einzuhüllen.

Die Fraktion der deutschen Volkspartei des preussischen Landtages hat die Erklärung Brauns in Hamburg, ohne ihren genauen Inhalt zu überprüfen, zum Anlaß einer kleinen Anfrage genommen, in der eine nähere Begründung des gegen Staatsbeamte in aller Öffentlichkeit erhobenen Vorwurfs der Rechtsbeugung und Begünstigung“ erucht wird. Wir nehmen an, daß der preussische Ministerpräsident den neugierigen Volksparteikern die Antwort nicht schuldig bleibt und ihnen auch über die eingeleiteten Straf- bzw. Disziplinarverfahren gegen gesetzwidrig handelnde Beamte aller Gattungen etwas mitteilen wird.

Preußen im Reichsrat. Auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung vom 16. Juni 1925 entfallen auf Preußen fast 20 Stimmen im Reichsrat bisher nunmehr 27 Stimmen. Diese 27 Stimmen wird im Reichsrat von dem preussischen Staatsministerium geführt werden, das hier dem Staतरat einen Gehetentwurf zugehen ließ.

Die Mätressen verlangen Abfindung



Der neue Grevesmühlener Reichsbannerprojek.

SPD. Der Reichsbanner-Projekt von Grevesmühlen hat in der vor dem Schweriner Landgericht eingeleiteten Berufungsverhandlung ein ganz neues Bild von den Zusammenhängen entrollt, die zu dem bedauerlichen Zusammenstoß in Grevesmühlen geführt haben. Vor allem der Verhandlungsleiter ist es zu danken, daß dem Bestreben der Staatsanwaltschaft, auch in der zweiten Instanz die Reichsbannerleute als die einzigen Schuldigen hinzustellen, ein Damm entgegen gesetzt wurde. Es sind diesmal nicht allein die Belastungszeugen, sondern auch in ausgiebigem Maße die Entlastungszeugen gehört worden.

Was von den Belastungszeugen zu halten ist, ergibt sich am deutlichsten aus der Vernehmung des Rostbachers Michaelski und des Frontbannmannes Klede. Michaelski erklärte, daß er der Rostbacher Organisation nicht mehr angehört, weil er nicht mehr mit ihr zu tun haben will und eingesehen hat, daß es keinen Zweck hat, dieser Organisation anzugehören. — Im übrigen versucht er, seine rechte Vernehmung durch eine Schimpfanrede auf seine ehemaligen Gefinnungsgefährten zu verdrängen. Der zweite Kronzeuge Klede war zur Zeit des Grevesmühlener Zusammenstoßes Bezirksleiter des völkischen „Frontbannes“ im Grevesmühlener Bezirk. Treuherrin versichert er, daß er es als seine Pflicht betrachtet habe, sich in das Reichsbanner einzuschließen, um „Material“ gegen die verhasste Organisation zu sammeln. Die Verlesung seines Strafrechters ergibt, daß er bereits wegen Betrugs, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Diebstahls u. a. m. neunmal vorbestraft ist und bereits 9 Monate Gefängnis wegen Betrugs militärischer Geheimnisse abgeleistet hat. Auch zu der gegenwärtigen Verhandlung mußte der nationale Kronzeuge der Staatsanwaltschaft aus dem Gefängnis vorgeführt werden. Klede gibt ferner zu, daß er an jenem Sonntag in einem Gespräch mit einem Reichsbannermann diesem versichert hat, daß die Rostbacher hundertmal besser bewaffnet seien als die Reichsbannerleute.

Wenn auch die Aussagen der Belastungszeugen wie durch eine unsichtbare Hand im großen und ganzen zurechtgerichtet erscheinen und im allgemeinen übereinstimmen, gehen sie in wichtigen Einzelheiten weit auseinander. Die Rostbacher fanden in jener Nacht, wie genau festgestellt wurde, auf engem Raum in einem geschlossenen Trupp zusammen und trotzdem will der eine von ihnen einen Schuß, der andere zwei oder drei, der dritte mehr Schüsse gehört haben. Hier greift der Staatsanwalt durch Suggestivfragen ein, um die Zahl der Schüsse möglichst zu erhöhen und das Reichsbanner einseitig zu belasten. Erzwungenermaßen tritt auch hier der Vorsitzende dem Versuch entgegen. Weiter fördert die Beweisaufnahme auf dem Tisch des Gerichts ein förmliches Waffenlogerzeug, das alle die „kleinen Dinger“ der Rostbacher, ihre Pistolen und Klauenschnitten enthält, mit denen sie in der Walsfabrik in Grevesmühlen Schießübungen abzuhalten pflegten. Die Schießgewehre sind etwa 1,25 Meter lang. Das Kaliber beträgt 7 Millimeter.

Die dem Reichsbanner nahestehenden Entlastungszeugen machen einen geleiten und höchst verunsicherten Eindruck. Ihre Aussagen sind nicht „auswendig gelernt“ und von höherer Stelle angeordnet. So bricht unter ihrem Zeugnis das ganze Anlagegebäude der Staatsanwaltschaft immer mehr zusammen. Sie berichten vor allem über den Terror, den die Rostbacher in der Grevesmühlener Gegend ausübten. Ein Zeuge aus den Kreisen des Reichsbanners schildert, wie er seit Monaten ständig bedroht und überhäufig überfallen wurde. Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Mecklenburg sei lediglich ein Akt der Notwehr gegen die fortgesetzten Übergriffe der völkischen Kampfbünde gewesen. Als der Staatsanwalt die Hand von Auftrufen, Zeitungsankündigungen und unkontrollierbaren Gerüchten das Reichsbanner als eine blutdürstige, staatsfeindliche Kampfgemeinschaft hinzustellen sich müht, beantragt die Verteidigung die Ladung des Bundesvorsitzenden Oberpräsidenten Hering zur Darlegung der Ziele des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Die Beweisaufnahme ergibt fernerhin, daß in der Nacht des bekannten Zusammenstoßes die völkischen Verbände auf Befehl ihrer Offiziere in geschlossenen Kolonnen anrückten, daß sie den Auftrag hatten, jedes Mitglied des Reichsbanners anzugreifen und niederzuschlagen.

Je länger sich die Berufungsverhandlung hinzieht, desto verächtlicher wird sie für die Methoden der Staatsanwaltschaft. Ihre die Amtsführung der mecklenburgischen Polizei und schließlich für die Urteilsfällung des Grevesmühlener Amtsgerichts in der ersten Instanz.

Die „Mollage“ der Hohenzollern.

Ein armer Arbeiter in Regnitz, der offenbar noch nicht vergessen hat, was ihm in der Schule von der Großherzogin der Hohenzollern vorerzählt worden war, richtete jüngst an den ehemaligen preussischen Kronprinzen eine Bitte um ein Darlehen. Er erhielt von der „Kronprinzlichen Abzulatur“ auf Schloß Dels folgenden Bescheid:

Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat mich beauftragt, Ihnen auf Ihre Eingabe zu erwidern, daß es ihm leider beim besten Willen unmöglich ist, Ihrer Bitte zu entsprechen. Die sekundären Verhältnisse des Kronprinzen sind entgegen allen unwahren und ideologischen Nachrichten in der Öffentlichkeit, derart schmerzhaft, daß irgendwelche Mittel für die Gewährung von Darlehen und für Unterhaltungen nicht zur Verfügung stehen. Tatsächlich befindet sich der Kronprinz wirtschaftlich in einer sehr viel schwierigeren Lage als jeder kleine Grundbesitzer oder pensionierte Offizier.

Man fühlt sich wirklich versucht, dem notleidenden Inhaber des großen Thronerbes Dels mit seinen Forsten und Domänen ein Almosen zu geben. Wenigstens soviel, als das Luxusauto gekostet hat, das er vor kurzem in der Berliner Automobil Ausstellung gekauft hat.

Landarbeiterbehandlung auf eckronprinzlichen Domänen.

Ueber skandalöse Verhältnisse auf dem schloßlichen Gute Spahlitz im Kreise Dels, das zu den Domänen des Kronprinzen gehört, bringt die Korrespondenz des Deutschen Landarbeiterverbandes folgende Schilderung:

Die Witwe K. wurde vor einiger Zeit auf dem Gute Spahlitz gezwungen, mit ihrem Kinde in eine nur wenige Quadratmeter große Dachkammer zu ziehen. Die Wohnung ist durchaus kalt, durch die Bretter und Dachziegel pfeift der kalte Wind, so daß durch intensives Heizen die Kammer sich kaum erwärmen läßt. Das Dach ist undicht, daß es an verschiedenen Stellen herabregnet. In einer derartigen Hütte mußten an den kältesten Wintertagen und auch jetzt noch eine Kranke Frau mit ihrem Kinde wohnen.

Genau so minderwertig ist die Wohnung einer andern Witwe. An Stelle eines Fensters hat letztere nur ein fensterähnliches Guckloch.

Ein männlicher Arbeiter aber wohnt in einem Zimmer, das direkt hinter der Mädchenkammer liegt, von welchem der Ausgang ins Freie nur durch die Mädchenkammer führt.

Dies sind zunächst nur einige Beispiele von den Wohnungsverhältnissen auf dem Gute Spahlitz. Trotzdem ist die Gutsverwaltung auf ihre Landarbeiterwohnungen scheinbar noch recht stolz. Das mußte beispielsweise ein Landarbeiter erfahren, dem am 1. Oktober zum 1. Januar gekündigt wurde. Die Gutsverwaltung hat gegen diesen Mann, der seit über zwölf Jahren auf dem Dominium Spahlitz beschäftigt war,

Räumungsfrage angezogen und in dieser gefordert, daß der Landarbeiter innerhalb 24 Stunden nach Verkündung des Urteils die Wohnung zu räumen habe.

So miserabel wie die Wohnungsverhältnisse sind auch die Lohnverhältnisse. Die Handwerker-Entschädigung für 1925 ist erst zur Hälfte gezahlt. Überstunden müssen zwar fleißig von den Landarbeitern geleistet werden, eine Bezahlung gibt es aber dafür überhaupt nicht. Der Inhaber des Gutes Spahlitz ist ein Herr von Schlabitz. Besitzer aber ist der Schloßherr von Dels, dem außer Spahlitz noch andere vierzehn Domänen gehören.

Auch dieser Fall ist ein Beweis dafür, daß der angeblich leutselige und arbeiterfreundliche Herr nicht daran denkt, auch nur das geringste zu tun, um das Los der Arbeiter auf den ihm selbst gehörigen Gütern nur etwas menschenwürdig zu gestalten. Offenbar hat der „notleidende“ Schloßherr von Dels zuviel Güter, so daß er sie gar nicht zu überschauen vermag. Hoffentlich wird ihm durch den Volksentscheid ein Teil der schweren Last abgenommen.

Summer derselbe.

Im Augenblick, wo das deutsche Fürstentum unter Vorantritt der Hohenzollern das deutsche Volk weiter ausraubend will, nachdem es von ihm ins wirtschaftliche Elend gebracht wurde, schreibt Wilhelm aus Doorn an die Mühlhäuser Stadtverwaltung folgenden unerschämten Brief, den wir samt dem Eingangsbericht den Leipziger Neuesten Nachrichten entnehmen, die ihn belächelnd und entschuldigend einen ungeschickten Brief nennen:

„Das bekannte Stadtdarlehens der Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen, das eine der seltensten Urkundenfälschungen besitzt und in dem man seit Karl dem Großen die Unterschriften sehr vieler deutscher Fürsten und führenden Persönlichkeiten sehen kann, hat eine wertvolle Bereicherung erfahren. In dem Archiv sind u. a. die Unterschriften sämtlicher Hohenzollern seit der Zeit Maximilians I. vorhanden. Es fehlt lediglich die Unterschrift des letzten Kaisers. Die Stadtverwaltung wandte sich daher durch einen Vermittler an das Haus Doorn und erhielt darauf einen Brief folgenden Inhaltes:

„Die Demokratie zeichnet sich durch unerfällliche Gier nach Reichthümern und materiellen Dingen aus, unter Vernachlässigung alles übrigen um des Geldes willen. (Wlato). Wilhelm, I. R.“

Dieser Brief kommt zur rechten Zeit, um selbst den Volksschicht die Augen zu öffnen, die in echter deutscher Untertanenseligkeit geneigt sind, den Verderbern Deutschlands deutsches Gut nachzuwerfen.

Der Reichswehretat für 1926.

Eine Beichtigung und eine Ergänzung.

Genosse Gerhart Seger, Berlin schreibt uns: In meinem Aufsatz über den Etat der Reichswehr für 1926 ist ein Irrtum enthalten. Erzwungenermaßen stellt sich bei einer nochmaligen Nachprüfung des Marineetats heraus, daß die Gesamtsumme der Marineausgaben „nur“ 201 704 200 Mk. beträgt, nicht wie mitgeteilt, 676 Millionen. Der Irrtum ist dadurch entstanden, daß am Ende des selbständigen Aktienstückes „Marineetat“ ohne nähere Erläuterung Schlüsselschiffern angegeben sind, die man zunächst für die Gesamtausgaben der Marine ansehen muß, da die Bezeichnung Heer und Marine nicht dahelführt und da es nicht üblich ist, die einzigen tausend Zahlen eines Etats nachzuaddieren, um die Endsumme zu prüfen. Der Irrtum ist auch andern Journalisten unterlaufen, so z. B. Leopold Loewenthal in Nr. 2 der „Weltbühne“ vom 12. 1. 1926.

Ich herichtigte den Irrtum um so lieber, als dadurch die Gesamtausgaben der Reichswehr niedriger erscheinen. Immerhin sind sie noch hoch genug, und alles, was über das Reichsheer gesagt wurde, muß bestehen bleiben. Außerdem zeigt sich auch in dem Etat der Marine, obwohl er „nur“ 201 Millionen beträgt, eine Tendenz, die ein Anwachsen des Marineetats auf die irrtümlich angegebene Höhe gar nicht unwahrscheinlich macht. Wir haben im Jahre 1924 für Schiffsneubauten ausgegeben 7,7 Millionen Mark, 1925 fast das Fünffache, nämlich 38,7 Millionen Mark und in diesem Jahre sind dafür angelegt 54,1 Millionen Mark! Damit geben wir für die kleine 14 000-Mann-Marine ein Viertel der Summe aus, die 1913 Tirpitz für den Bau der riesigen Seekriegsflotte zur Verfügung stand. Man wird zugeben, daß dieses Tempo der Steigerung der Ausgaben jede noch so hohe Endsumme eines Etats wahrscheinlich macht, auch wenn sie in diesem Jahre in der angegebenen Höhe noch nicht erreicht wird.

Da der Haushaltsplan der deutschen Republik nicht nur den Abgeordneten zugeht, sondern durch die Buchführung Heymann in Berlin von jedem deutschen Staatsbürger bezogen werden kann, so darf aus Anlaß dieser Beichtigung die Bitte ausgesprochen werden, daß die den Reichswehretat vorbereitenden Herren des Reichswirtschaftsministeriums etwas weniger Verachtung für das Budgetrecht des Reichstags zeigen mögen, wie sie sich fast auf jeder Seite aus der Mangelhaftigkeit der Erläuterungen zu den Ausgaben ergibt.

Todesurteile im Moskauer Spionageprozeß.

Aus Moskau wird gemeldet: Nach dreiwöchiger Verhandlung verurteilte gestern das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofs dreizehn Angeklagte wegen Militärspionage zugunsten Englands und wegen Vorbereitung von Sprengstoffattentaten auf dem Boden der Sowjetrepublik zum Tode. Insgesamt waren wegen dieser Verbrechen 48 Personen angeklagt, zum größten Teil ehemalige zaristische oder tschechische Offiziere. Die meisten Angeklagten, darunter die zum Tode verurteilten namens Hoffman, Waderna und Stranski, gaben die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu und machten erschöpfende Aussagen über die langjährige systematische Spionage, die sie nach den Weisungen des englischen Generals Stabs und eines Vertreters des englischen Erkundungsdienstes in Warschau, des russischen Hauptmanns Franz, betrieben hätten. Franz habe sie mit der Organisation von Aufständen im Grenzgebiet und der Sprengung verschiedener Gebäude in Leningrad sowie der Wasserleitung, der Luftschiffhallen und des Flugplatzes in Gatschina gegen hohe Bezahlung beauftragt. Außer den Todesurteilen wurden Gefängnisstrafen gegen die übrigen Angeklagten von einem bis zu fünf Jahren verhängt.

In Minsk wurde dem Kommandeur, dem Hauptmann und dem Kanonieroffizier eines Kavallerieregiments der Weissen Armee wegen Veruntreuung von 7440 Rubeln der Regimentskasse der Prozeß gemacht. Das Kriegsgericht verurteilte den Hauptmann zum Tode, den Kommandeur und den Kanonier zum fünfjährigen Gefängnis.

Die Anklagen gegen die völkischen Abgeordneten.

II. Berlin, 23. Februar.

Zu dem Brief Grüte-Lehders an den Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages erfahren wir, daß die angegriffenen Parlamentarier nunmehr bei der Staatsanwaltschaft eine Unternehmung gegen sich beantragen wollen. — Landtagsabgeordneter Balle erklärte dazu, daß er bereits am 3. Februar bei der Polizei sowie bei der Staatsanwaltschaft darum gebeten habe, vernommen zu werden, daß aber bis heute keine Aufforderung an ihn gelangt sei. — Abgeordneter Oberleutnant a. D. Ahlemann erklärt die Ausführung Grüte-Lehders, er, Ahlemann, habe ein Attentat auf den Minister Seegering geplant, für

vollkommen haltlos. Ahlemann bestreitet auch, den ermordeten Dammer näher gekannt oder seine Befreiung angeordnet zu haben.

Der Staatsanwalt gegen die Geheimnisträumer.

In dem Femeord-Prozeß Banner hatte das Schwurgericht den Prozeßbeteiligten die Geheimhaltung der in dem Prozeß zur Sprache gekommenen Tatsache über die „Schwarze Reichswehr“ und die „Arbeiterbataillone“ durch einen besonderen Beschluß auferlegt. Gegen diesen Beschluß hat nunmehr der Oberstaatsanwalt Beschwerde eingelegt mit der Begründung, daß durch die Geheimhaltung die weitere Verteidigung beschränkt werde. Auf diese Beschwerde hin sind die Akten dem Kammergericht vorgelegt worden, das über die Aufrechterhaltung des Beschlusses der Geheimhaltung entscheiden soll. Erst nach dieser Beschlußfassung werden die Akten an das Reichsgericht gehen, bei dem von den Angeklagten Revision angemeldet worden ist.

Prozeß gegen Kufmann und Knoll.

Die Affäre Kufmann wird am 13. April vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte aufgerollt werden. Neben Kufmann wird sich Hauptmann a. D. Knoll wegen Hebernahme und Weiterverbreitung der Kufmann zur Last gelegten „strafbaren Auszüge aus Aktenbündeln“ zu verantworten haben.

Kultivierungsgefeß.

SPD. Das preussische Staatsministerium hat dem Landtage zur beschleunigten Kultivierung privater Felder- und Moorlände-reien durch den Staat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der zur Durchführung der Kultivierungsarbeiten 4,3 Millionen Mark fordert. Es handelt sich dabei um Zuschusskredite bis zur Beschaffung endgültiger Dauerkredite. Die Deutsche Debdankkulturgesellschaft, die bisher von Preußen und dem Reich mit Darlehen von je 2,5 Millionen finanziert wurde, hat in Hannover, Schleswig-Holstein und Brandenburg sieben große Kultivierungsbetriebe eingerichtet, die insgesamt etwa 10 000 Hektar Kultivierungsfläche umfassen. Außerdem befindet sich in Schleswig-Holstein noch ein Betrieb in Größe von etwa 1000 Hektar in Vorbereitung. Bis zum Herbst vorigen Jahres waren 3450 Hektar in Bearbeitung genommen; davon waren 1020 Hektar als Grünland fertiggestellt, 1320 Hektar Ackerland vorbereitet und 1110 Hektar gepflügt bzw. mit der Scheibegge bearbeitet. Die Beendigung der Arbeiten in den genannten Betrieben erfordert 8,7 Millionen Mark. Das Reich hat sich zur Vergabe der Hälfte dieses Betrages unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß Preußen den gleichen Anteil zur Verfügung stellt. Die Bereitstellung der geforderten 4,3 Millionen kann sehr schnell erfolgen, da der Landtag bereits bei der Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1925 dafür eingetreten ist. Der Deutschen Debdankkulturgesellschaft außerplanmäßig 5 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

Zur Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen auf den Domänen wird gleichzeitig vom Staatsministerium die Erhöhung des 1925 bereitgestellten Betrages von einer Million um 600 000 Mark gefordert.

Blutige Zusammenstöße.

II. Anna (Westfalen), 22. Februar.

Hier kam es gestern anläßlich eines von den Wälfischen veranstalteten „Deutschen Tages“ zu blutigen Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Rechtsradikalen und der Linksparteien. Nach Beendigung der Festlichkeiten gerieten die Wälfischen mit ihren politischen Gegnern hart aneinander. In kurzer Zeit war eine schwere Schlägerei im Gange, bei der auch Schüsse fielen. Da sich die Erregung der Bevölkerung von Stunde zu Stunde steigerte, und die Disziplin nicht stark genug war, der Lage Herr zu werden, wurde die Dortmund-Schutzpolizei alarmiert. Diese stellte in den späten Abendstunden die Ruhe wieder her. Bei den Zusammenstößen wurden drei Personen schwer und etwa 50 leicht verletzt.

* WTB. Krefeld, 22. Februar.

In der Stadthalle hielten gestern die Düsseldorf- und Duisburger Hakenkreuzler eine gemeinsame Tagung ab, nach der die Teilnehmer in geschlossenem Zuge durch die Stadt zogen. Hierbei kam es zwischen Mitgliedern von Linksparteien und den Hakenkreuzlern zu einer Schlägerei, die jedoch durch das sofortige Eingreifen der Polizei erstickt wurde. Zu weiteren Ruhestörungen kam es nicht. Die Polizei stellte die an der Schlägerei Beteiligten fest.

* Berlin, 22. Februar.

In Großhietzen im Süden Berlins drangen Kommunisten in ein Lokal ein, wo der Reiterverein von Großhietzen sein Wintervergnügen abhielt. Zwischen den Festteilnehmern und den Eindringlingen entstand eine Schlägerei, bei welcher der Fuhrherr Tiele und der Gärtnermeister Kefe bei der Abwehr der Kommunisten durch Messerschläger schwer verletzt wurden. Als das inzwischen alarmierte Überfallkommando eintraf, waren die Kommunisten bereits verschwunden.

Die Opposition gegen Beßlen.

SPD. Budapest, 24. Februar. (Radio.)

Die Oppositionsparteien brachten am Dienstag im parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Minoritätsklärung gegen Beßlen ein. Diese Erklärung stellt in entscheidender Weise die direkte Verantwortlichkeit der Regierung Beßlen für die Frankfurter Affäre fest. Da die Regierung bis zur Abreise Beßlens nach Genf zur Völkerversammlung die Debatte über die Frankfurter Affäre auch im Plenum beendet sehen möchte, soll versucht werden, sie auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Parlaments zu setzen. Es ist geplant, die Sitzungen noch acht bis zwölf Stunden auszudehnen, um die Opposition zu ermüden und den Schluß der Debatte schneller herbeizuführen.

Die Attentäter gegen den demokratischen Abgeordneten Wassong sind inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden, obwohl der Immunitätsausschuß des Parlaments einstimmig festgestellt hat, daß sie sich eines Vergehens gegen die Abgeordnetenimmunität schuldig gemacht haben. Der Staatsanwalt hat gegen die richterliche Entscheidung den Senat angerufen.

„Kallöse Behauptungen“?

Das Berliner Tageblatt meldet: Bei seiner Rückkehr aus Paris teilte Regierungsdirektor Weich mit, daß die Behauptungen in der ausländischen Presse, gewisse politische Kreise in Deutschland hätten in der Frankfurter Affäre ihre Hand im Spiele, durch Rückfrage mit den Pariser Behörden refless geklärt werden könnten. Die zuständigen Stellen in Paris hätten für diese schwere Behauptung keinerlei Unterlagen.

Wir nehmen an, daß die Mitteilung des Regierungsdirektors Weich an die Presse erfolgt ist, ehe er Kenntnis von den Aussagen des Sekretär Kaba vor dem Untersuchungsausschuß gehabt hat. Nachdem die Aussagen Kabas bekanntgemacht sind, betrachten wir es als selbstverständlich, daß die maßgebenden Behörden eingehende Untersuchungen über die Beziehungen der Budapest-Äffäre zu den deutschen Nationalisten anstellen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Fuchs, Leipzig.

Verantwortlich für den Interartenteil:

Hugo Seydand in Leipzig.

Print u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Brandschaden-Ausverkauf

Die Warenbestände aus den am 12. Januar vom Feuer, Wasser und Rauch betroffenen Abteilungen werden nunmehr ab morgen Donnerstag, früh 1/9 Uhr, dem

völligen Totalausverkauf

unterstellt. In Frage kommen große Mengen

Damen- und Kinderkonfektion

für Winter und Sommer.

Mäntel, Kostüme, Gummi-Mäntel, Kleider aus Wolle und Seide, Blusen
Röcke und Morgen-Kleider aus verschiedenen Stoffen

Ganz besonders aufmerksam machen wir auf

Kinder-Mäntel u. Kleider

für Knaben und Mädchen

die verhältnismäßig am wenigsten gelitten haben.

Teppiche Gardinen

Bettvorleger, Vorhänge, Läuferstoffe, Möbelstoffe, Tisch- und Diwan-Decken, Garten- und Kaffee-Decken, Kamolhaar-, Woll- und Baumwoll-Schlafdecken, Steppdecken, Bettlücken, Reform-Bettstellen und Reform-Unterbetten, große Mengen Gardinen, abgepaßt und Stilleckware, Stores, Madras-Stoffe, Etamine und Wachstuche.

Handarbeiten

für Küche und Haus, vorgezeichnet und fertig, bestehend aus:

Spitzen-Decken, Mittel-Decken, Herrenzimmer-Decken, Tisch- und Korbedecken, ovale Spitzen-Decken, Eis- und Tablett-Deckchen, Küchenisch-Decken, Schoner, Waschlisch- und Küchongarnituren, Ueberhandtücher, Klassen, Läufer, Klammerschürzen, Leittungs-Schoner, Topflappen, Spitzen aller Art, Nähkästen, Handarbeits-Büchel und -Körbe, Kaffee-Köpfe, Kaffee-Gestelle, Silckrahmen, Handarbeits-Stoffe, Wolle und Stickleckware.

Spielwaren jeglicher Art

Besonders machen wir auf große Posten „Steiff“-Spielwaren aufmerksam.

Für alle den Brandschaden unterstellten Waren kann eine Garantie irgend welcher Art nicht übernommen werden

Es wird restlos geräumt!

Die Preise sind entsprechend niedrig, oft nur ein Zehntel des regulären Wertes.

KAUFHAUS
Held
Geb.
L-LINDENAU-MERSEBURGERSTR.84

Während des Brandschaden-Ausverkaufs

Extra-Angebote in allen Abteilungen

Ämliche Bekanntmachungen.

Die nachstehende Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. Februar 1926, den Schutz der Weidenfäden betreffend, wird hierdurch bekannt gegeben. Die Polizeibeamten sind zu harter Aufsichtsführung und Anzeigenerstattung in Fällen der Zuwiderhandlung angewiesen worden.
Leipzig, den 20. Februar 1926.
D. R. 126 Das Polizeipräsidium
Fischer.

Schutz der Weidenfäden.

1. Nach dem Forst- und Feldstrafgesetz vom 26. Februar 1909 (§ 31, S. 277) § 61a wird mit Geldstrafe oder mit Haftstrafe bestraft, wer aus dem Walde, vom Felde oder aus Gärten Weidenfäden entwendet. Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten tritt u. a. ein, wenn die Tat zum Zwecke der entgeltlichen Veräußerung des Entwendeten begangen worden ist. Auch die vorläufige Beschädigung von Weiden wird bestraft.
In Ergänzung dieser Vorschriften, die den notwendigen Rücksicht auf Pflanzenzüchtung, Bienenzucht und Volksernährung nicht ausreichend gerecht werden, wird das gewerbsmäßige Heilbieten, Verleihen, Verkaufen sowie das sonstige Veräußern von Weidenfäden oder Käufen tragenden Zweigen der Weide verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bedroht.
Diese Strafe trifft auch denjenigen, der einen erlaubten Erwerb von Weidenfäden nicht nachweisen kann.
2. Das Verbot bezieht vornehmlich den Schutz der wildwachsenden Weidenfäden und erstreckt sich nicht auf die in Handelsgärtnereien zum Schnitt angepflanzten und gezogenen Weiden. Wer dergleichen Weidenfäden aus Handelsgärtnereien bezogen hat, feilbietet und veräußert, muß im Falle eines schriftlichen Ausweises über den Erwerb vom Handelsgärtner sein. Der Ausweis muß vom Gemeinderat der Niederlassung des Handelsgärtners beglaubigt sein und außer dem Zeitpunkt des Erwerbes auch die Menge der erworbenen Weidenfäden angeben.
3. Die Polizeibeamten sind angewiesen, Klammereckel, Straßenhändler und Verkaufshände (s. B. in Markthallen) harter Aufsicht zu unterziehen. Jeder

Wahl, in dem ein erlaubter Erwerb der Weidenfäden nicht nachgewiesen werden kann, ist anzusehen.
Die Verordnung vom 12. Febr. 1926 (Sächsische Staatszeitung Nr. 41) findet hierdurch ihre Erledigung. 7 H C 10
Dresden, den 15. Februar 1926.
Ministerium des Innern.

Großsch. Soweit die am 1. Febr. 1926 fällige neue zweite Rate der Kirchensteuer des Rechnungsjahres 1925 noch nicht entrichtet ist, wird in den nächsten Tagen das Mahn- und Vollstreckungsverfahren eingeleitet werden.
Zur Vermeidung von Kosten und Weiterungen sind rückständige Beträge bis zum 6. März noch einzuzahlen.
Stadttrat Großsch., am 22. Februar 1926

Freirel. Gemeinde
Bezirk Westen.
Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr
Berammlung
im Auenschlösschen
L. Kleinjäger.
Vortrag des Gen. Warnstedt:
„Zum Gesetz der Gewalt zum Gesetz der menschlichen Hilfe.“

Volkshaus-Fleischerei
Heute in-Qualität frische hausschl. Wurst
Verkauf auch über die Straße

Original Moosberg
Maurer- u. Zimmerer-Rosen, Extrakt
Eckardt, Sophienstraße 10.

Leipziger Außenbahn-Aktien-Gesellschaft.
Die Erhöhung des Grundfahrpreises auf den Stadtlinien von 15 auf 20 Pf. bringt eine Verteuerung unseres Stadtbetriebes. Es werden daher vom Freitag, dem 26. Februar 1926, an die Fahrpreise für Einzelsfahrkarte im Uebergangsverkehr um je 5 Pf. erhöht.
Die Vergünstigungskarten bleiben im Preise unverändert.
Leipzig, am 24. Februar 1926.
Die Direktion.

Leipziger Angestellten- u. Arbeiterschaft.

Nach einer Aussprache mit den Gewerkschaftsmitgliedern der internationalen Arbeiterliga haben die unterzeichneten Ortsvereine beschlossen, zur Unterstützung der Genossen, deren Berufsausübung durch die Wirtschaftskrisis ebenfalls stark beeinträchtigt wird
2 Notvorstellungen
am Donnerstag, dem 25., und Freitag, dem 26. Februar im Variété 3 Linden
zu veranstalten.
Eintrittspreis auf allen Plätzen 50 Pfennig. Anfang 8 Uhr abends.
Die Internationale Arbeiterliga erklärt, daß in beiden Vorstellungen moderne und erstklassige Variétékunst geboten wird.
Angestellte und Arbeiter! Lebt Solidariät mit den am Variété tätigen Gewerkschaftsmitgliedern!
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauskunft Leipzig, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsauskunft Leipzig.

Jedem schmeckt
Blauband
FEINKOST-MARGARINE
FRISCH GEMÜHT
Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Freitag, den 26. Februar, 1/8 Uhr.
Im Volkshaus, Nebensaal rechts,
General-Berammlung
der Ortsgruppe Groß-Leipzig
Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Vortrag (Gen. Theer), 3. Wahlen, 4. Anträge, 5. Verschiedenes
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Gruppenleitung des

Berein der Freidenker für Feuerbestattung
e. V., Berlin, Geschäftsstelle in Leipzig: Berliner Str. 13
Zutritt nur mit Mitgliedsbuch oder orangefarb. Karte

Konkurs-Ausverkauf
Grimmaischer Steinweg 8
Arbeitsstiefel
in allen Größen, beste 9,50
Qualität Mk.
Straßentiefel
beste Ausführung, alle 11,00
Größen Mk.
Sportstiefel 12,00
in all Größen, für Damen
Verkaufszeit von 9-7 Uhr.
Der Konkursverwalter
O. Steinmüller, Thomasgasse 5.

Bitte schicken Sie den Text Ihrer
Anzeige
bis 9 Uhr vormittags des betr. Tages
ein, damit wir selbige wunschgemäß und
wirkungsvoll
gestalten können.

Ihr Kind
lernt leichter

wenn Sie ihm keinen Bohnenkaffee vorsetzen.
Nehmen Sie Quasta, er mundet Ihrem Kinde
besser, ist aber gesund, bekömmlich — und
billig! Seit fast 20 Jahren beliebt, ca. 300.000
Anerkennungen von Hausfrauen, Ärzten und
Wärtern.

Am Montag, dem 22. Februar, riß uns der Tod
unseren lieben braven Parteigenossen und
Funktionär
August Heinze
aus unser Mitte. Wir verlieren in ihm einen
charakterfesten und edlen Genossen, der von
seiner frühesten Jugend an der Partei die wert-
vollsten Dienste, selbst unter den schwierigsten
Verhältnissen geleistet hat. Sein Andenken
werden jederzeit in Ehren halten
Die Parteifunktionäre von L.-Volkmarndorf.
Einäscherung Freitag, mittags 12 Uhr, auf dem
Südtfriedhof.

Sächsischer Landtag.

171. Sitzung. Dienstag, 23. Februar, nachm. 1 Uhr.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Rahbagerlei zwischen den Deutschnationalen und Demokraten. Der Demokrat Claus hatte in einer früheren Sitzung behauptet, daß der deutschnationale Unternehmersyndikus und Landtagsabgeordnete Berg ehemals Sozialdemokrat gewesen sei.

Die künftige Mezzinssteuer.

Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Antrag Börner (Dnat. Vp.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Verzinsung von 15 bis 20 Prozent der Mezzinssteuer.

Finanzminister Dr. Behne erklärte, daß er einen derartigen Gesetzentwurf dem Gesamtkabinett gleich nach seinem Antritt unterbreitet habe.

In der anschließenden Debatte betonte Genosse Weiske, daß seine Fraktion, nachdem dem Landtage ein Gesetzentwurf vorgelegt werden sollte und selbst die Sozialdemokratie weitgehende Anträge zum Wohnungsbau eingebracht habe, heute hier nicht auf die Materie eingehen, sondern sich alles Weitere für die Ausschussberatung vorbehalten zu sollen.

Der Antragsteller erklärte seinen Antrag durch die Erklärung des Finanzministers für erledigt.

Deutschnationale Fehre gegen ein Gesetz.

Es folgte ein Antrag Schreiber-Bagenstede (Dnat. Vp.) auf Hinusschiebung des Inkrafttretens des Rinderstuhleges bis auf weiteres, mindestens aber um ein Jahr.

Die sächsischen Wähler haben bereits bei Eröffnung der Landtagsarbeiten in Dresden eine Allianz gegen das Gesetz geritten, waren aber damals beim Wirtschaftsminister, der sich darauf berufen konnte, daß die Landwirtschaftskammer, also die berufene Vertretung der Landwirtschaft, der Vorlage ausdrücklich zugestimmt hat, abgelehnt.

Herr Schreiber behauptete nun bei der Begründung des Antrages, die Landwirtschaftskammer habe in einer Zeit zugestimmt, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse noch ganz anders waren als heute. Er erklärte, daß man nichts unversucht lassen werde, das ganze Gesetz zu Fall zu bringen, und richtete schließlich das dringende Ersuchen an die Regierung, dem Antrage statzugeben, andernfalls sie erleben könne, daß die Landwirtschaft in eine Stellung hineingetrieben werde, die weder im Interesse der Landwirtschaft, noch in dem der Gesamtbevölkerung liegt.

Ministerialdirektor Dr. Allen gab die Erklärung ab, daß die Regierung nicht in der Lage sei, das Inkrafttreten des Gesetzes hinauszuschieben, weil zu befürchten steht, daß dann das Gesetz überhaupt nicht zustande kommt, und wies darauf hin, daß man es hier mit einer regelrechten Sabotage des Gesetzes durch gewisse Kreise der Landwirtschaft zu tun hat. Dabei erwiderte das Gesetz alle berechtigten Wünsche, die früher von der Landwirtschaft geäußert worden sind.

Der Kommunist Renner ging auf den Kleinbauernfang, indem er sich im Namen der Kleinbauern gegen das Gesetz aussprach und die solenne Zusage seiner Fraktion damit einschuldigte, daß sich damals die Kommunisten nicht genügend mit der Materie beschäftigt hätten.

Bemerkenswert war die Stellungnahme des vorkommunistischen Gutbesitzers Donath, der den Standpunkt einnahm, daß eben erst beschlossene Gesetze nicht wieder zurückgezogen werden können. Die Volkspartei könne dem deutschnationalen Antrag nicht zustimmen.

Der Demokrat Claus ging von durchaus falschen Voraussetzungen aus, als er das Gesetz in der vorliegenden Form für nicht durchführbar hielt und einer Vertagung seines Inkrafttretens bis 1. Juli 1927 das Wort redete. Er brachte schließlich einige Änderungsanträge zum Gesetz ein.

Genosse Schreiber erinnerte daran, daß es eine gleiche Opposition bei der Schaffung des Adreßgesetzes gegeben hat, dem heute der hohe Stand der Rinderzucht in Sachsen zuzuschreiben ist, er sagte aber auch Herrn Renner, daß dessen Ausführungen nichts weiter bewerkten, als die Kleinbauern vom Landeskulturrat weg- und in das kommunistische Parteilager herüberzuweisen.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Gesetzes wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt, der Antrag Claus erfuhr mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Volksparteier Ablehnung (51 gegen 33 Stimmen).

Darauf wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag Schreiber-Bagenstede mit 51 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Keine neuen Landtrankenfassen mehr.

Genosse Straube beantragte als Berichterstatter des Rechtsausschusses die Annahme des Gesetzentwurfs, der die Errichtung von Landtrankenfassen im Freistaat Sachsen untersagt. Nach kurzer Debatte wurde demgemäß beschlossen.

Mahnahmen für den Schutz der Glasarbeiter.

Ein von Dr. Schmude begründeter Antrag Böttcher (Komm.) fordert bestimmte Maßnahmen im Interesse der Gesundheit der Glasbläser und der Glasblättnarbeiter. Namentlich wird die endgültige Beseitigung der gemeinschaftlichen Benutzung der Glasmacherpeife verlangt, die von Mund zu Mund geht.

Landesgeneralarzt Prof. Dr. Thiele besprach verschiedene Maßnahmen, die in dieser Angelegenheit ergriffen worden sind. Namentlich sei eine reichsrechtliche Regelung, das Reichsgesundheitsamt habe bereits die Vorarbeiten in Angriff genommen.

Genosse Langhans erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie dem Antrage grundsätzlich zustimmt.

Die Redner der andern Fraktionen sprechen sich ebenfalls im großen und ganzen zustimmend aus.

Dann ging der Antrag an den Haushaltsausschuß B.

Der Stimmzettel bei den Landtagswahlen. Dann lag ein Antrag Senfert (Dem.) vor, der durch eine Aenderung des Landeswahlgesetzes vom 4. September 1920 die Verwendung des amtlichen Stimmzettels bei den Landtagswahlen erstrebt.

Dazu ist folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eingegangen:

Die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Landeswahlgesetz vom 4. September 1920 so abgeändert wird, daß bei kommenden Wahlen das Abstimmungsverhältnis nach Geschlechtern getrennt festgestellt werden kann.

Genossin Senfing: Wir haben den Antrag gestellt, um einmal einwandfreies, statistisches Material zu erhalten, wie sich die Frauen bei den Wahlen verhalten. Die sozialdemokratische Fraktion war die erste, die die Gleichstellung der Frau in öffentlicher und rechtlicher Beziehung forderte, und die diese Forderung auch in ihr Programm aufnahm.

Der Volksparteiler Voigt äußerte Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag und der deutschnationale Bentler hielt ihn sogar für überflüssig und bekämpfte ihn, weil man das, was mit dem Antrag herausgebracht werden sollte, bereits wisse, nämlich, daß die Frauen von Sozialdemokraten nicht sozialdemokratisch wählen.

Genosse Weiske betonte demgegenüber, daß es sich bloß um Aufklärung einer Statistik handle, und daß bereits eine Reihe Gemeinden diesen Weg beschritten hat, ohne daß die Sozialdemokratie den Anstoß dazu gegeben hätte.

Die Kommunisten ließen durch Stewert erklären, daß sie für den sozialdemokratischen Antrag eintreten und daß sie sich im Ausschuss auch für den Antrag Senfert einsetzen werden.

Beide Anträge wurden dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Euchlich hatte sich das Haus noch zu beschäftigen mit einem Antrag Böttcher (Komm.), der von der sächsischen Regierung gewisse Erleichterungen zur Vermeidung der Eintragungslisten und in Bezug auf die Eintragungslisten für das Volksbegehren auf einschlägige Erleichterung der ehemaligen Fürstenthümer forderte. Stewert ersucht, dem Antrag in sofortiger Schlussberatung zuzustimmen.

Genosse Weiske: Die sozialdemokratische Fraktion wird dem Antrage der Kommunisten auf sofortige Schlussberatung zustimmen, aber nicht dem kommunistischen Antrage selbst. Wir verkennen keineswegs die gute Absicht der Antragsteller, kommen aber aus zwei Gesichtspunkten zur Ablehnung des Antrages. Einmal glaubt die sozialdemokratische Partei, solche Palliativmaßnahmen nicht nötig zu haben, um zum Ziele zu kommen, und dann läuft der Antrag auch den Bestimmungen der Reichsverfassung und der Reichsstaatsordnung zuwider.

Der Antrag Stewert wurde gegen die 7 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 25. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Der Ausschussbericht über den städtischen Großmarkt.

(Siehe die Artikel in den Nummern von Sonntag, den 20., und Montag, den 21. Februar 1926.)

Nachdem wir untersucht haben, welche Unterlassungen der Ausschuss sich hat zuschulden kommen lassen, nachdem wir festgestellt haben, daß Jungen nicht vernommen, die Angeklagten überhaupt nicht gehört wurden, wie es vom sozialdemokratischen Mitgliede des Untersuchungsausschusses verlangt worden war, müssen wir den Bericht um so kritischer ansehen, umso mehr, als er schon bei oberflächlicher Betrachtung die furiösesten Dinge offenbart.

Wie hätte ein Bericht, der das Ergebnis einer Untersuchung darstellen soll, ausfallen müssen?

Die Behauptungen, die zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses geführt haben, hätten der Untersuchung als Richtschnur dienen müssen. Zu diesen Behauptungen mußten die Angeklagten und Zeugen verhört und die Akten erforscht werden. Danach hätte der Ausschuss diese Behauptungen mit den Ergebnissen der Untersuchung chronologisch aufstellen müssen, um dann durch Beschlüsse die Meinung des Ausschusses zu den Ergebnissen festzustellen.

Kun der Inhalt des Berichtes, der direkt falsch ist: Der Bericht sagt in seiner Einleitung, daß in dem Strafver-

fahren gegen die zwei wiederholt genannten Kommunisten „nur die formalen Beleidigungsgründe (wie Gedankenlos solcher Ausdruck) behandelt worden, wofür die Strafen auch erkannt worden sind“. Das ist das Gegenteil der Wahrheit, da die kommunistischen Beleidiger geradezu gebrängt worden sind, Beweis für ihre verleumdenden Behauptungen anzuführen, ohne daß sie auch nur den Versuch dazu gemacht haben.

Weiter sagt der Bericht, daß am 17. Mai 1922 ein Ausschuss zur Überwachung des Großmarktes berufen wurde, dem die Stadtverordneten Kanerhoff, Kiemse, Illing und Schmidt III angehörten. Wie unglaublich der Bericht hier falsches sagt, beweist die Tatsache, daß der Stadtverordnete Kanerhoff im Jahre 1922 überhaupt noch nicht dem Kollegium angehört hat, daß die Wahl nicht am 17. Mai, sondern erst am 28. Juni 1922 erfolgte, nachdem in einer Vorlage des Rates mitgeteilt worden war, daß als Vertreter des Rates in diesem Überwachungsausschuß die Stadträte Bogel und Heyer gewählt sind.

Zweimal wird auch in diesem Berichte behauptet, daß in einer Stadtverordnetenversammlung vom 4. April 1924 das Verlangen des Überwachungsausschusses festgestellt worden sei (Seite 5 und 9 des Berichtes). Wie pfuschhaft der Bericht hier gearbeitet hat, geht daraus hervor, daß an diesem Tage überhaupt keine Stadtverordnetenversammlung war. Am 2. und am 9. April 1924 fanden Sitzungen statt. Aber in keiner von beiden fand der Großmarkt irgendwie zur Ausprache.

Der Bericht leuchtet ebenfalls sofort ein, wenn man ihn auch nur oberflächlich liest. Es wird kaum eine Gelegenheit verpaßt, Genossen Heyer in seinen Handlungen gemeine Motive zu unterstellen. An vielen Stellen des Berichtes findet man Ausdrücke, wie „immer wieder Herr Heyer“, oder „wieder ist es Herr Heyer“ usw. Wenn man nun untersucht, was es mit dem „immer wieder“ auf sich hat, so findet man, daß nicht etwa Tatsachen gegen Genossen Heyer angeführt werden, sondern subjektive Folgerungen des Berichterstatters dazu dienen müssen, um unsere Genossen zu beschmutzen.

Bereits in dem Artikel vom 21. d. M. haben wir aus der Notiz vorlage den Wortlaut abgedruckt, der die Aufgaben des Überwachungsausschusses umteilt. Es sollte also diesem Ausschuss obliegen, Betriebsführung, Aufsicht und Abwicklung der geschäftlichen Geschäfte zu überwachen, während Genosse Heyer als Spezialdepulverier die Abfälle von Geschäften, die keinen Aufschub duldeten, und der laufenden Geschäfte unter Verantwortlichkeit des Großmarktleiters zu beobachten hatte.

Es ist gerade Leipzig, auf das man stets hinweist, wenn man von der Kriegs- und Nachkriegsverordnung berichtet und zugeben muß, daß es auch bei solchen Notenumfängen ohne Korruption geht. Unter Mithilfe des Sozialdemokraten Heyer konnten die ungeheuren Mengen Nahrungsmittel nach Leipzig gebracht werden. Er hat seine Aufgabe als Ratmitglied, obwohl er nur ehrenamtlich tätig ist, voll und ganz erfüllt und keine Pflicht getan!

Der Bericht muß zugeben, daß die behaupteten Korruptionen jenseits Ausschläger und amtlichen Stellen, also auch zu Heyer, nicht vorhanden sind. Damit richtet sich der Bericht von selbst, dessen ganzer Aufbau doch erkennbar den Zweck hat, dem Sozialdemokraten Heyer bloßzustellen. Wir wollen uns auch nicht über die Art des Abdrucks des Berichtes in der bürgerlichen Presse, in der mit Schlagzeilen und besonders hervor gehobener Druck dem Genossen Heyer zugeführt wird, Der Clou vom Ganzen ist aber der verluste Nachweis schwerer Pflichtverletzung bei der Ausgabe der Scheine aus dem 100 000-Mark-Kredit an den Großmarkt, der nur durch Unterschleif des Genossen Heyer realisiert werden konnte.

Wir müssen gestehen: etwas Gemiseneres, wie diese Folgerung, haben wir selten gefunden! Dabei sind in dem Untersuchungsausschuße ein Fabrikant, ein Kaufmann und ein Postsekretär, die doch wissen sollten, daß natürlich der Rat ein Scheinloch ausschließlich für diesen Zweck ausgeben mußte, und daß die aufeinanderfolgenden Scheinnummern also eine Selbstverständlichkeit sind. Mit schmerzdem Behagen warfen sich die Sozialistengegner auf diesen „fetten Happen“.

So stellt der Ausschussbericht ein widerliches Gemisch von Falschheiten, Unwahrheiten, Verdächtigungen und Gedankenlosigkeit dar. Wir wissen, daß nicht der gesamte Ausschuss mit diesem Bericht identifiziert werden darf. Er ist im allgemeinen eine Privatleistung des Demokraten Schmidt, und wir sind nur gespannt, ob nicht auch die übrigen Mitglieder des Untersuchungsausschusses von ihm abirren. Aber der Kern der Sache ist einwandfrei: Pflichtgemäß hat der sozialdemokratische Stadtrat Heyer in Bezug auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch den städtischen Großmarkt eine Leistung vollbracht, die ihm die Anerkennung aller Kreise der Einwohnerschaft bringen sollte.

Die Angriffe auf ihn prallen an seiner lauberen Gesinnung und seiner reinen Handlungsmethode ab. Pflichtvergehen zeigten sich aber die Vertreter der übrigen Parteien, weil ihre Vertreter im Überwachungsausschuß völlig verlagten und überhaupt nicht an die Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgabe herantraten. Die heutige Aussprache in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung wird diese Tatsache noch weiter erweisen.

Kaufet! Kochet! Kostet! Rahma-buttergleich MARGARINE

Gewerkschaftsbewegung.

Höher bezahlte Angestellte und Erwerbslosenfürsorge.

A. H. Unablässig hat herrscht besonders unter den älteren arbeitenden Angestellten. Sie sind zweifellos die Opfer der Inflation, die wiederum in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kriegsverlusten steht. Es war im Februar 1924, als auf Grund des Ermächtigungsgesetzes der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge durch die damaligen Diktatoren ein neues Gewand gegeben wurde, angelehnt an die Wirkung des Personalabhanggesetzes war vorzuziehen, daß eine Vielzahl Angestellter arbeitslos werden würde. Alle Mahnungen des Afa-Bundes, die „besseren“ Angestellten in den Kreis der Fürsorgeberechtigten einzubeziehen, wurden in den Wind geschlagen. Man muß es heute geradezu als ein Verbrechen bezeichnen, daß sich die bürgerlichen Angestelltenverbände nicht nur nicht fördernd, sondern hemmend den Bestrebungen des freigewerkschaftlichen Afa-Bundes nach dieser Richtung hin in den Weg stellten. Dummheit und Stolz, um einzustehen, daß ein „bester“ Angestellter ebenfalls nur Proletarier ist, haben das Zustandekommen einer Bestimmung verhindert, die Tausende von Angestellten mit ihren Familien vor der bittersten Not geschützt hätte.

Nachdem nun die Folgen solchen Verhaltens kaum noch gutzumachende Schäden gesettigt haben, hat sich das Reichsarbeitsministerium endlich bereit gefunden, durch die Siebente Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 21. Januar 1926 die höher entlohten Angestellten, welche der Krankenversicherungspflicht wegen Überschreitung der Gehaltsgrenze, d. i. augenblicklich monatlich 225 Mark, nicht unterliegen, beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge ab 1. Januar 1926 zu erklären und ihnen dadurch auch das Recht zum Bezüge der Erwerbslosenunterstützung einzuräumen. Die Beitragspflicht endet mit der Gehaltsgrenze zur Angestelltenversicherung, d. h. mit einem Monatseinkommen von mehr als 500 Mark. Der Beitrag, z. B. 3 Prozent, wird für alle Gehaltsempfänger, ganz gleich ob sie 225 Mark oder 500 Mark beziehen, nach dem Satze von 225 Mark für den Monat oder nach einem Tagessatz von 7,50 Mark erhoben. Wir wollen heute auf das vorhandene Unrecht der Verordnung, das gerade in der Beitragsbegrenzung gegenüber dem höher entlohten Arbeiter liegt, nicht eingehen, uns vielmehr mit der Registrierung der neuen Tatsachen begnügen und damit die Ausführlichkeit der alles besser wissenden „höchsten Instanzen“ ins rechte Licht rücken.

Die bisher von der Versorgungsbehörde ausgeschlossenen arbeitenden Angestellten müssen nunmehr bis zum 31. März 1926 die Unterhaltungsanträge bei den Erwerbslosenfürsorgeämtern stellen. Bei Anträgen, die bis zu diesem Zeitpunkt gestellt werden, gelten die sonst zum Bezüge der Erwerbslosenfürsorge erforderlichen Voraussetzungen auch dann als erfüllt, wenn der betreffende Angestellte in den letzten 2 Jahren vor Eintritt der Unterhaltungsbedürftigkeit wenigstens 6 Monate hindurch eine Beschäftigung ausgeübt hat, die neuerdings beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge ist. Es ist wichtig, daß die vorgeschriebene Antragsfrist nicht versäumt wird. Die Antragsteller dürfen auch erwarten, daß ihre Anträge wohlwollend geprüft werden. Der Reichsarbeitsminister hat in einem besonderen Erlaß vom 21. Januar 1926 — IV 1201/26 — die einzelnen Länderregierungen auf eine wohlwollende Prüfung der Anträge noch besonders aufmerksam gemacht. Er schreibt:

„Ich darf dabei darauf hinweisen, daß es erforderlich sein wird, den ausführenden Behörden eine wohlwollende Handhabung der Vorschriften über die Bedürftigkeit gegenüber den erwerbslosen Angestellten nahezu legen. Es ist in den Vorverhandlungen über das Gesetz und die Siebente Ausführungsverordnung von den Beteiligten wiederholt der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, daß durch die Handhabung der Bedürftigkeitsvorschriften die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge grotzentheils tatsächlich gegenstandslos werden könnte. Ich vermag mich diesen Befürchtungen nicht ganz zu verschließen und bitte deshalb, geeignete Maßnahmen im Sinne meiner obigen Anregung zu treffen. Dabei wird es meines Erachtens namentlich zweckmäßig sein, die ausführenden Behörden besonders auf die Bestimmung des § 7 Abs. 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 127) aufmerksam zu machen, wonach kleinerer Besitz (Spargroschen, Wohnungseinrichtungen) für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden darf. Hiernach ist es unzulässig, von Erwerbslosen zu verlangen, daß sie zunächst ihre geringen Ersparnisse aufbrauchen und Gegenstände der Wohnungseinrichtung veräußern, wie das angeblich in einer Reihe von Fällen geschehen ist.“

Sollen wir, daß diese Anregungen Gehör finden, aber nicht nur bei den Anträgen der Angestellten, sondern auch bei denen der Arbeiter.

Die Wirtschaftslage im niederschlesischen Bergbau.

Feierschichten und — Uebersehichten!

Seit Ablauf des Genfer Abkommens zwischen Polen und Deutschland am 18. Juni v. J., nach dem Deutschland verpflichtet war, monatlich 1/2 Million Tonnen ostoberschlesische Kohlen nach Deutschland zollfrei einzuführen, erstreckte sich das niederschlesische Kohlenrevier eines verhältnismäßig guten Absatzes. Aus diesem Grunde war bisher im Bergbau wenig von der allgemeinen Wirtschaftskrise zu spüren. Je länger jedoch der Zollkrieg mit Polen andauert, desto mehr müssen naturgemäß die Vorteile schwinden, die dem niederschlesischen Bergbau durch die Beseitigung der ostoberschlesischen Konkurrenz entstanden waren, denn ein großer Teil der schlesischen Industrie ist auf den Export nach Polen angewiesen. In dem gleichen Maße wie diese Industrie infolge mangelnden Absatzes zum Erliegen kommen, muß auch der Absatz der niederschlesischen Kohlen zurückgehen. Zusammen mit den Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise ist nun in der Nachfrage nach niederschlesischen Kohlen in der letzten Zeit eine derartige Stokung eingetreten, daß mehrere Werke dazu übergehen mußten, Feierschichten einzulegen, und zwar gleich mehrere in der Woche. Eine merkwürdige Erscheinung aber ist, daß trotz des Absatzmangels auf einigen Werken Uebersehichten von den Arbeitern

verlangt werden. Diese Handlungsweise der Grubenunternehmer ist sehr durchsichtig; man ist sich bewußt, daß durch Feierschichten auf der einen und Uebersehichten auf der anderen Seite die Uneinigkeit der Bergarbeiter gefördert wird. Die Bergarbeiter gegeneinander aufzubringen ist der Zweck der Übung, um, wenn nötig, die Arbeiter des einen Werkes gegen die des anderen Werkes auszuspielen zu können.

Der Bergarbeiterverband hat daher Maßnahmen getroffen, um das Spiel der Unternehmer zu durchkreuzen. Er ersucht einen Aufruf an die Belegschaften des Reviers, die Uebersehichten unter allen Umständen zu unterlassen, so lange auf einzelnen Werken Feierschichten eingelegt werden.

Die Einheitsfront der Opposition im Zentralverband der Zimmerer.

Zu der am 28. Februar stattfindenden Generalversammlung der Zimmerer Leipzigs entdeckten die Vorführer der sogenannten „Opposition“ plötzlich, daß sie eine andere Taktik bei den Wahlen einschlagen müssen, wenn sie zu ihrem Ziele gelangen wollen.

Als gelehrte Schüler von Moskau wird mit Eifer und Schamlosigkeit gearbeitet; haben sie die Mehrheit der Mitglieder hinter sich, dann: **Gefühllose Listen, Hinauswurf aller Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.** Ist keine Mehrheit vorhanden, dann: **Einheitsfront, Demokratie in den Gewerkschaften und Verhältniswahl.**

Die Kommunisten verziehen mit Anwendung dieser Taktik die Mitglieder der Zählstelle irrezuführen, in Wirklichkeit haben sie durch Fraktionsbeschlüsse ihre Anhänger verpflichtet, nur Mitglieder der kommunistischen Partei zu wählen. Auf die Gutmütigkeit der übrigen Mitglieder spekulierend, glauben sie durch Stimmentzerrung ihre Ziele zu erreichen. Der Nachweis dieser Behauptung wurde von einem Vorführer der KPD, erbracht, als er in einer Bezirksversammlung erklärte: **Es ist richtig, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen zu Wahlen Anweisungen von der Parteizentrale der KPD erhalten haben.** Aus dieser Feststellung geht unzweifelhaft hervor, daß die sogenannten „Opposition“ nur ihren nackten Parteistandpunkt in der Gewerkschaft zu verteidigen verpflichtet ist. Aus dieser Erkenntnis heraus hat eine am 9. Februar stattgefundene Funktionärerversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, der Generalversammlung wie im vorigen Jahr 2 Listen zur Vorstands Wahl zu unterbreiten, dieser Beschluß wurde durch die Bezirksversammlungen bestätigt. Auf Liste 1 werden Kameraden in Vorschlag gebracht, die seit Jahren im Interesse der Mitgliedschaft Leipzigs und des Gesamtverbandes gearbeitet haben, der kommunistische Vorschlag weist Mitglieder auf, die sich um praktische Gewerkschaftsarbeit überhaupt nicht bekümmert haben, aber auch nicht jähig sind, solche zu leisten. Mit welchen Mitteln die Kommunisten arbeiten, ist durch eine Einladung an ihre Fraktionsmitglieder bekanntgemorden. In dieser Einladung wird die Behauptung aufgestellt, daß die Gewerkschaftsbureaukratie zu Gunsten der Unternehmer dem großen Bauarbeiterstreik das Rückrad gebrochen habe.

Kameraden! Wie tief müssen die Vorurteile der sogenannten Opposition ihre eignen Parteigenossen einschlagen, wenn zu solchen schädigen Mitteln gegriffen wird. **Best euren Gewerkschaftsbericht und beachtet auf Seite 9 die Veröffentlichung der Postkarte von Kallig an Albrecht.** Auf dieser offenbart sich das wahre Gesicht der Opposition.

Verursachen! Sorgt dafür, daß restlos alle Mitglieder in der Generalversammlung erscheinen. **Rechnet mit den Wahlen!** und wählt die Liste 1: **Kroneberg - Dschak.** Ausschreiben und in den Bezirken artikulieren lassen!

Aus der Rauchwarenverarbeitungsindustrie.

Vom Bekleidungsarbeiterverband wird uns geschrieben: Auf der ganzen Linie geht das gut organisierte Unternehmertum zum Angriff auf die Löhne und Tarifverträge der Arbeiter vor. Daß bei diesem Resttreiben die Rauchwarenzurichter- und Färbereibetriebe nicht fehlen dürfen, versteht sich von selbst. Frühzeitig kündigten sie das Zeitlohnabkommen. Ob es ihnen dabei gar zu wohl gewesen ist, will uns nicht recht glaubhaft erscheinen, denn sonst hätten sie sicher, wie es sonst üblich war, mit der Kündigung ihre Gegenangebote eingereicht. Am 14. Januar war die Kündigung abgeschlossen und am 2. Februar sah man sich endlich veranlaßt, unserer Organisation mitzuteilen, daß die Generalversammlung der Arbeitgeber beschlossen hat, einen Lohnabbau auf der Basis von 10 Prozent durchzuführen. Von den ohnehin unzureichenden Löhnen, die in der Spitze für einen über 24 Jahre alten Arbeiter 60 Pfg. und für weibliche Arbeiter gleichen Alters 41 Pfg. pro Stunde betragen, noch 10 Prozent abzubauen, spottet jeder Beschreibende und kann nur als eine gewissenlose Provokation gewertet werden. Unter welcher schmutzigen Verhältnissen mitunter der wenige Lohn verdient werden muß, geniert die Unternehmer so gut wie gar nicht. Alle Beschwerden, die nach Abhilfe drängen, werden von ihnen in den Wind geschlagen. Am meisten tritt dieses in Erscheinung, wo in den Betrieben die Arbeiterschaft der Organisation gleichgültig gegenübersteht. Dort gilt dem Herrenmensch-Unternehmer der Arbeiter nichts. Er wird behandelt als ein Ausbeutungsgesetz wie irgendein anderes totes Produktionsmittel des Unternehmervetriebes.

Das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer dürfte endlich dazu beitragen, die Arbeiterschaft aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Mehr denn je ist die Geschlossenheit der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Situation aus gewerkschaftlicher Grundlage erforderlich. Ein jeder möge des Wortes eingedenk sein: ein verpaßter Augenblick heißt keine Ewigkeit ein.

Ob in Kürze eine Besserung in unserer Industrie eintreten wird, ist fraglich. Noch werden weitere Entlassungen gemeldet. Mit wenigeren Arbeitskräften sollen die Betriebe aufrecht erhalten werden. Welche Gefahren das in sich birgt, dürfte ein jeder zur Genüge kennen. Nicht zu den Seltenheiten gehört, daß nur noch mit Verdinglingen und den „Wertmeistern“ gearbeitet wird.

Ausflucht auf Widererstattung besteht noch nicht. Unter allen Umständen soll der jetzige Lohn abgebaut werden. Fast in jedem Klein- und Mittelbetrieb sind alle Arbeiter entlassen. Derartige Maßnahmen müssen den Arbeitern unverzüglich sein. Diejenigen Unternehmer, wie A. Pechold, Schönewald, Dr. J. König,

Thorer u. Co., Lindenau, und andere, die glauben, besonders brutal hervortreten zu müssen, werden in bleibender Erinnerung stehen. Es kommt auch für die Arbeiter wieder einmal die Zeit, wo die Herren Unternehmer die Arbeitskraft des Arbeiters benötigen. Es geht daher an alle in den Rauchwarenzurichtereien und Färbereien beschäftigten Arbeiter der Ruf: **Halte in dem uns von Unternehmern seit angelegenen Kampfe die größte Geschlossenheit und Härte die Organisation.** Laßt alles Lote begraben sein.

Gleichzeitig ersucht nochmals an alle Eltern und Erzieher die dringende Mahnung, sich über betriebliche und berufliche Verhältnisse bei der zuständigen Organisation, dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, Bezirksstelle Leipzig, Braustraße 17, III zu erkundigen, ehe sie ihre Kinder und Pflegslinge in der Rauchwarenverarbeitungsindustrie unterbringen. Gerade jetzt machen die Unternehmer allerorts die größten Anstrengungen, Lehrlinge zu bekommen. Schützt euch im voraus vor Schaden! Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, wie sie seit Jahrzehnten noch niemand kannte, dürfte ein deutlicher Beweis für unsere Mahnung sein.

Warnung vor Zuzug nach Holland.

SPD. Eine vor einiger Zeit auch von uns verbreitete Meldung, daß bei einigen niederländischen Staatsbediensteten Arbeitslosigkeit für deutsche Gemeinshauer unter relativ günstigen Bedingungen (Durchschnittslohn 5,70 Gulden) vorhanden sei, hat bei zahlreichen Erwerbslosen trügerische Hoffnungen auf Arbeitsgelegenheit im niederländischen Bergbau erweckt und zu Auswanderungen geführt, die eine nähere Aufklärung über Umfang und Voraussetzungen der Arbeitsgelegenheit im niederländischen Bergbau dringend gebieten. Nach Mitteilung von niederländischer Seite sind bereits zahlreiche erwerbslose Arbeiter in das deutsch-niederländische Grenzgebiet gereist, um von den niederländischen Zeitungen hören zu müssen, daß keine Arbeitsgelegenheit vorhanden sei. Tatsächlich war bei den in Frage kommenden niederländischen Zechen, die sich an das Landesarbeitsamt Westfalen, Abteilung Bergbau, mit dem Erlauchen um Bereitstellung einer beschränkten Anzahl von Gemeinshauern gewandt hatten, nur ein Bedarf von etwa 100 Hauern vorhanden. Hieron sind bereits vor einigen Tagen 35 verheiratete Hauer nach Süd-Limburg abgereist. Die Abreise der restlichen Hauer erfolgt in nächster Zeit. Dringend zu beachten ist, daß die Umwerbung deutscher Bergarbeiter für den niederländischen Kohlenbergbau nur durch die drückende Arbeitsnachfrage erfolgt. Die in Frage kommenden niederländischen Zechen stellen nur die ihnen vom Landesarbeitsamt Westfalen, Abteilung Bergbau, nach sorgfältiger Prüfung zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte ein. Es kann daher nicht dringend genug vor unüberlegtem Zuzug deutscher Arbeitskräfte nach Holland gewarnt werden.

Deutsch-polnisches Abkommen über die Saisonarbeiter.

Das Internationale Arbeitsamt teilt mit: Die deutsche und die polnische Regierung haben kürzlich ein Abkommen abgeschlossen, das für das Jahr 1926 die Einwanderungsbedingungen für die polnischen Saisonarbeiter nach Deutschland festlegt. — Dieses Abkommen sieht vor, daß für ausländische Arbeiter, die gleichen Entschädigungen bei Arbeitsunfällen zu gelten haben wie für die Einheimischen.

Der Schiedspruch für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe angenommen. Der am 18. Februar unter dem Vorsitz des Schlichters für die Provinz Westfalen gefällte Schiedspruch für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe ist von allen beteiligten Organisationen angenommen worden.

Eine Berichtigung. Die in ihrer Mehrheit aus Kommunisten zusammengesetzte Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Fleischer sendet uns zu einer am 20. Januar erschienenen Notiz über die Wahlen im Fleischerverband mit Berufung auf Paragraph 11 des Brezgesetzes eine „Berichtigung“, die davon zeugt, daß ihre Verfasser von dem Inhalt des Brezgesetzes auch nicht den blauesten Schimmer haben. Die Schimpfepistel der Ortsverwaltung des Fleischerverbandes gehört ihrem Sinne nach in die Kommunistenpresse, wo sie sicher Aufnahme findet. Wir überlassen deshalb den Abdruck der S. A. - Z. Nach anderer Information entspricht der Inhalt der Notiz in der L. B. durchaus den Tatsachen, was durch die Schimpfepistel in der „Berichtigung“ bestätigt wird. Bestätigt wird in der „Berichtigung“ auch die Behauptung in unserer Notiz, daß ein gewählter Kommunist mit seinen Beitragsmarkten im Rückstande geblieben ist, denn die Berichtigung gibt zu, daß er grüne Marken geliebt habe. Diese grünen Marken sind aber erst am 1. Januar 1926 zur Ausgabe gelangt, während bis dahin rote Marken Gültigkeit hatten. Der betreffende Kommunist muß also die restierenden Marken nachgeliebt haben, sonst hätte er doch bis zu Ende des Jahres 1925 rote Marken in seinem Mitgliedsbuche.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Zurechnungsunfähig? Ein 45jähriger Kaufmann war bis vor kurzer Zeit selbständig gewesen und hatte bisher noch nie etwas mit dem Gericht zu tun gehabt. Im letzten Jahre übte er notgedrungen die Tätigkeit eines Reisenden aus und geriet dabei plötzlich auf Abwege. Er bestellte bei Leipziger Firmen telephonisch mehrere hundert Zentner Weizen- und Roggenmehl, angeblich für Italien. Da gute Referenzen über den Besteller einfließen, stellte man dem Reisenden die Ware auf Kredit zur Verfügung. Das Mehl wurde aber nicht nach Italien ausgeführt, sondern in Deutschland unter Einfluß verschleudert. Mit dem Erlös verlustete der Reisende nach Italien zu entkommen, wurde jedoch an der Grenze verhaftet. Jetzt mußte die Hauptverhandlung verlagert werden, da an der Zurechnungsunfähigkeit des Angeklagten berechtigte Zweifel aufgestiegen sind!

Wo speist man in Leipzig am billigsten? Im Volkshaus!

KEIN
KAFFEE TISCH
OHNE



Wirtschaft

Was ist eine Bank?

In der kapitalistischen Wirtschaft sind die Banken Vermittler des Kredits. Sie kaufen Geldkredit, dessen Preis Zins, und verkaufen Kredit, dessen Preis höherer Zins und, wie wir sehen werden, mehr als nur Zins ist. Damit Zins von der Bank sowohl gegeben, wie genommen werden kann, muß das Kreditgeld zinstragend, also Mehrwert bringend angelegt sein. Die Bank verwandelt demnach durch den Kredit Geld in Kapital. Sie spielt eine Doppelrolle. Dem Kreditgeber gegenüber ist sie Verwahrerin des ihr anvertrauten Geldes. Ihm tritt sie gegenüber als bloße Treuhänderin der ihr zur Aufbewahrung und Verwaltung übergebenen Depots. Die Bank verwandelt aber Geld in Kapital, indem sie es den produktiven Kapitalisten zur Verfügung stellt. Sie legt also die ihr als Treuhänderin anvertrauten Gelder den Schwankungen und Stürmen der Kapitalbewegung aus.

Die Bank verwandelt Geld entweder in Umlaufkapital oder in festes Kapital. Der Umlaufspruch des Kapitals liegt bei dem einen Kapitalisten zeitweilig Geld frei, während bei dem anderen zeitweilig Bedürfnis nach Geld entsteht. Indem die Bank den Umlaufspruch vermittelt, wird das Geld des einen Kapitalisten zu Kapital beim andern Kapitalisten. Die Kreditvermittlung der Bank bewirkt also, daß der Teil des Gesamtkapitals, der sonst als Geld in den Händen der einzelnen Kapitalisten festgehalten würde, der Gesamtheit der Kapitalisten als Umlaufkapital zur Verfügung steht. Das feste Kapital dagegen dient nicht dem Umlaufspruch, sondern der Warenproduktion, ist bestimmt, zur Erneuerung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel verwendet zu werden. Der Preis des festen Kapitals setzt erst allmählich im Preise des Produkts zum Unternehmer zurück. Kredit für feste Anlagen ist daher, im Gegensatz zum Umlaufkredit, Kredit für längere Frist. Mit der Entfaltung des Kapitalismus wächst der Umfang des festen Kapitals. In gleichem Maße wächst aber auch die Schwierigkeit für die Banken, einen Teil der ihnen überlassenen Gelder stets zur Abhebung bereitzustellen, also in barem Gelde vorrätig zu haben.

Diese Schwierigkeit ist um so größer, als der Kredit, den die Banken erhalten, in seiner Gesamtheit kurzfristiger ist, als die Gesamtheit der Kredite, die sie geben. Das Kreditgeld stammt zu einem Teil aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß und ist bestimmt, immer wieder dahin zurückzuführen. Zum andern Teil — und das ist der größere — sind die den Banken anvertrauten Gelder nichtkapitalistische Einkommensteile nichtkapitalistischer Schichten, des städtischen und ländlichen Kleinbäuerlichen und Arbeiterbürgertums. Es sind Spargelder, bestimmt, dem Konsum allmählich zugeführt zu werden.

Die Banken unterscheiden sich nach der Herkunft der ihnen zur Verfügung gestellten Gelder. Die Banken im Sinne des Sprachgebrauchs dienen vornehmlich der Aufnahme von Geldern, die aus kapitalistischen Unternehmungen stammen. Der Aufnahme von Spargeldern dienen vornehmlich Sparkassen, Hypothekendarlehen, Versicherungsanstalten, Genossenschaftsbanken. Die Grenzen sind indessen flüchtig. Am wenigsten bei den Sparkassen, am meisten bei den Banken im eigentlichen Sinne des Wortes, denen mehr oder weniger Gelder aus allen Gesellschaftsschichten zufließen. Die Spargelder sind ihrer Natur nach besser für dauernde Anlagen geeignet, als die aus dem kapitalistischen Umlaufspruch stammenden und für ihn bestimmten Gelder. Deshalb verwandeln die Kreditinstitute, die Spargelder aufnehmen, diese in feste Anlagen, während die Vermittlung des Umlaufkredits durch Wechselbank, Lombard usw. den eigentlichen Banken vorbehalten ist.

Für beide Arten von Banken besteht aber die Schwierigkeit, das Liquidationsproblem zu lösen, das heißt, stets das richtige Verhältnis zwischen festen Anlagen und flüssigen, zur Abhebung bereitzustellenden Mitteln innezuhalten. Dieser Schwierigkeit begegnen sie durch zwei Mittel:

1. Sie machen die festen Anlagen durch Wertpapiere für sich flüssig, die an die Stelle von barem Geld treten oder durch Veräußerung in barem Geld verwandelt werden können.
2. Die Banken stellen durch Erfahrung fest, welcher Prozentsatz der ihnen zur Verfügung stehenden Gelder durchschnittlich für zur Abhebung bereitwilligen muß bzw. welcher Prozentsatz in Mehrwert bildendem Kapital angelegt sein darf, ohne daß die jederzeit erforderliche Liquidität in Frage gestellt wird. Schon das bloße Bewußtsein der Depotinhaber, daß ihr Geld bei den Banken sicher aufgehoben ist, vermindert die Abhebungen, besonders in kritischen Zeiten, und erleichtert es den Banken, das Problem der Geldflüssigkeit zu lösen.

Mit der Frage der Liquidität hängt die Frage der Sicherheit zusammen. Die Sicherheit der bei den Banken deponierten Gelder hängt ab von der Sicherheit der Unternehmungen, in denen das von den Banken ausgeliehene Geld als Kapital arbeitet. Die den Krediten der Sparkassen unterliegenden Wertpapiere sind durch Wandel gesichert. Die Anlage von Spargeldern erfordert ihrer Natur nach eine größere Sicherheit. Andererseits eignen sich die Spargelder am besten für dauernde und dem Wechsel der Konjunkturlagen wenig unterworfenen Anlagen, wie ländlichen und städtischen Grundbesitz, öffentliche Besitz (Hypotheken, öffentliche Anleihen), die als Pfandbesitz dienen können. Je größer die Sicherheit des Kredits, desto niedriger sein Preis. Die Sparkassen erhalten

für den von ihnen gewährten Kredit nur Zins, wenn auch mehr Zins, als sie den Sparern zahlen.

In den Händen der eigentlichen Banken konzentriert sich die Ausgabe von und der Handel mit Aktien. Die Banken werden damit zu den eigentlichen Kreditgebern der Industrie. Der Preis für den industriellen Kredit der Banken ist nicht nur Zins, sondern mehr als Zins: sie nehmen am Unternehmerprofit teil. Es gehört aber zum Wesen der Banken, daß die bei ihnen angelegten Gelder höher sind oder doch dafür angezogen werden. Die Unsicherheit der kapitalistischen Wirtschaft äußert sich im Wechsel von Konjunktur und Krise. Aber nicht alle Industriezweige werden gleichzeitig und gleichmäßig von guter oder schlechter Konjunktur erfaßt. Die Banken müssen also, soll die Gesamtheit ihrer Kredite trotz Unsicherheit einzelner Kreditnehmer sicher bleiben, ihre Kredite auf die Gesamtindustrie ausdehnen, damit ein Risikoausgleich zu ihren Gunsten stattfinden kann. Der gegenseitige Risikoausgleich der einzelnen Industriezweige zugunsten der Sicherheit der Banken findet in dem Maße statt, wie die Banken aus Kreditgebern einzelner Industrieunternehmer oder Industriezweige zu Kreditgebern der Gesamtindustrie werden, das Kreditmonopol der Industrie in die Hand bekommen. Daher die Auffassung der kleineren Banken durch die großen, die Konzentration im Bankwesen.

Mit dem Fortschreiten der Konzentration im Bankwesen erhalten die Banken das Monopol auf dem Aktienmarkt. Das ermöglicht ihnen einen Einblick in und einen Überblick über die Gesamtheit der Industrie. Sie vermögen einermutmaßen zu erkennen, wann der Höhepunkt der Konjunktur oder der Tiefpunkt der Krise erreicht ist. Sie können also im günstigen Zeitpunkt Aktien kaufen und sie im günstigen Zeitpunkt verkaufen und das Risiko auf die abwägen, die im ungünstigen Zeitpunkt kaufen und im ungünstigen Zeitpunkt verkaufen. Das ist der „Heine Mann“, der auch einen Braten von den Spekulationsgewinnen der Großen zu erhalten wünscht. Er ist der Letzte, den, wie die Börse weiß, die Hunde beißen.

In dem Maße, wie es den Banken gelingt, durch Anwendung des Aktienwesens das Kreditmonopol der Industrie in die Hand zu bekommen, wächst ihr Anteil an industriellen Profit, andererseits ihr Druck, diesen Anteil zu vergrößern. Das geschieht dadurch, daß die Banken die Führung bei der Konzentration und Expansion des Kapitals übernehmen. Sie drängen zur Bildung von Monopolen in den Industriezweigen, die für Monopolbildung besonders geeignet sind, und erhöhen damit deren Profitrate und zugleich ihren eigenen Profitanteil. Sie haben vor dem Kriege, von der imperialistischen Politik des kapitalistischen Staates unterstützt, durch Kapitalexport der Industrie den Weg zur Beteiligung in kapitalistisch noch unerforschten Ländern (Finanzierung der Bagdadbahn durch die Deutsche Bank unter Führung von Helfferich). Die Großbanken haben einen wesentlichen Anteil an der Bildung des halbkolonialistischen Agrar-, Industrie- und Finanzimperialismus, wie er in Deutschland vor dem Kriege bestanden hat. Das Ende, das der wilhelminische Imperialismus gefunden hat, zeigt, daß die Sicherheit der Banken kurzfristig und fröherlich war. Die Art, wie diese Sicherheit erreicht und das Risiko abgewälzt wurde, führte zu äußerster Unsicherheit und zum schließlichen Verlust der den Banken anvertrauten Gelder (Kassafalle).

Die durch Vermittlung der Banken erfolgte Entgelung hat zwar die unmittelbar davon Betroffenen, die Eigentümer der ihnen anvertrauten Gelder geschädigt, aber die Monopolstellung der Banken nicht geschwächt, sondern gestärkt. Sie nutzen sie aus, um die Industrie unter ihre Vormachtigkeit zu bringen und sich einen hohen Anteil an Gesamtprofit zu sichern. Die Einengung des Geldmarktes hat die Finanzierung der Industrie durch Ausgabe von Aktien in den Hintergrund gedrängt. Für die fehlenden Emissionsergebnisse entschädigen sich die Banken durch höhere Zinsen für kurzfristige Kredite. Ihr Anteil an Gesamtprofit ist höher als vor dem Kriege. Bei dem Verlust, durch Betriebsstilllegungen einen Abbau der Röhre durchzuführen, sind die Banken der treibende Faktor. Sie wollen ihren Anteil am Ertrage der Ausbeutung dadurch sichern, daß sie die Ausbeutung verschärfen. Auch diese Methode der Sicherung ist kurzfristig, denn sie führt dazu, die Unsicherheit der Gesamtwirtschaft zu erhöhen.

Senkung des Zinsfußes.

Die Stempelvereinigung, das Kartell der Großbanken, hat den Beschluß gefaßt, die Habenzinsen, d. h. die Zinsen für die von den Banken gewährten Kredite, die bisher 3 Proz. über dem Reichsbankdiskont fanden, um 1 Proz. zu senken. Statt 10 Proz. werden in Zukunft 9 Proz. Zinsen zu zahlen sein. Der bloße Zins selbst aber nicht den vollen Preis der Kredite dar. Dazu kommen noch die Provisionen, die nicht nur eine Vergütung für die Mithaltung der Banken, sondern ein Teil des Zinses selbst sind, der nur verschämmt einen andern Namen führt. Mit Provision wird der nominelle Bankkredit von nun an statt 12,4 Proz. 11,4 Proz. kosten. Die Zinsermäßigung ist durch die übergroße Geldflüssigkeit erzwungen, die eine Folge der Krise ist und es den Banken schwer macht, ihre flüssigen Vermittler unterzubringen. Daß tatsächlich der von der Geldflüssigkeit ausgehende Zwang das treibende Motiv ist, ergibt sich schon daraus, daß zwar der Zins für weitergehende Kredite herabgesetzt, aber nicht der Zins für die von den Banken empfangenen Kredite, also für Einlagen, erhöht worden ist. Die Spanne zwischen Haben- und Sollzinsen wird zwar etwas kleiner, aber nur zugunsten der Kreditnehmer, nicht zugunsten der Einleger. Der Anreiz, Geld zur Bank zu geben, wird also nicht gestärkt. Die Banken wünschen nur die Nachfrage nach Geld, aber nicht die Zufuhr von Geld zu erhöhen.

Ob die verhältnismäßig geringe Erleichterung der Zinsen eine wirtschaftliche Erleichterung bringen wird, ist mehr als zweifelhaft, zumal die Geldflüssigkeit, die den Anreiz dazu gegeben hat, nicht durch zu hohe Zinsen, sondern durch die zu geringe heimische Nachfrage verursacht ist.

Einköpfung der Dollarschuldenanweisungen.

Die Reichsbank teilt mit: Am 15. April d. J. werden die Schuldenanweisungen des Deutschen Reiches von 1925 (Dollarschuldenanweisungen) kündigt. Die Rückzahlung erfolgt von diesem Tage ab mit dem auf den Stellen angegebenen Rückzahlungsbetrage ohne Abzug in Geld auf Rechnung, auf Wunsch auch in Reichsmark zum amtlichen Dollarkurs für die betreffende Anweisung. Da die Reichsbank die Rückzahlung der Dollarschuldenanweisungen übernommen hat, findet die Einköpfung nicht, wie im Text der Stücke vorgelesen, bei der Staatsbankrottation statt, sondern bei den Reichsbankankassen statt. Die Stücke können schon vom 15. März ab mit einem nach Abschnitten und Nummern geordneten Verzeichnis eingereicht werden.

Leipziger Produktendörse.

Produkte	23. Februar
Weizen, inländischer	228-246
Roggen, inländischer	145-156
Sommergerste, inländische	190-210
Wintergerste	175-185
Hafers, inländischer	168-188
Hafer, amerikanischer runder	192-202
Raps	320-350
Erbsen (inländische Victoria)	210-285

Die Preise verstehen sich für 1000 Kilo netto für Ware, prompt Partiiell freiziehbar in Reichsmark.
Alle Notierungen des n. Br.

Amtliche Preise der Produktendörse.

Produkte	23. Februar
Weizen, märkischer	246-260
Roggen, märkischer	142-147
Gerste Sommer-	164-188
Winter-	-
Hafers, märkischer	136-152
Hafer	150-160
Hafermehl	32,25-35,50
Roggenmehl	21,25-23,00

Handelsrechtliches Vierzehnteljahr (Berlin).

Weizen: März 200,50 u. G., Mai 266-268,50 u. Br.
Roggen: März 150-155,50-159, Mai 170,50-171.
Hafer: —
Raps: —
Roggenmehl: —
Metalle. Berlin, 23. Februar. Kupfer (Elektrolit) 135,75.
Baumwolle. Bremen, 23. Februar 21,81.

Rundfunkprogramm.

Leipzig.
Donnerstag, den 25. Februar. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsrichtlinien: Wolf- und Baumwollpreise; amer. Metallmeldungen des Vorabends. 11,30 Uhr: Devisen, Baumwolle, Landwirtsch., Berliner Metalle amtlich und Del. Notiz. 4,45-5 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. 6 Uhr: Wirtschaftsrichtlinien: Wiederholung von 3,30 Uhr. 6,15 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtsch. 6,30 bis 6,30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. 6,45-7 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10-10,15 Uhr: Winterwetterberichte. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und 'Voraus' sage. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hauptstadtphonota. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsebericht. 4 bis 4,45 und 5-5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6,30-6,45 Uhr: Steuerrundfunk. 7-7,25 Uhr: Vortrag: Direktor Böh, stellvertretender Vorstand des Leipziger Reichsamtes: „Was muß der Leipziger Reisebesucher wissen?“ Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater Weimar: 7,30 Uhr: Tra Diavolo. Kamische Oper in drei Akten von Scribe, deutsch von Blum. Musik von D. F. E. Aubert. Musikalische Leitung: Ernst Pasco. Spielleitung: Maximilian Moris. Ende 10,4 Uhr. Anschließend (etwa 10,15 Uhr): Pressebericht und Sportunterricht.



Erkältungen

merkt man zuerst an dem beginnenden Katarrh. Sofortige Nasenspülungen mit Chinosolösung. Gurgeln mit derselben oder Schnupfen einer geringen Menge (1 Messerspitze) Chinosolpulver verhindert den Katarrh im Entstehen. Wirkung sofort! Ein Köhrchen Chinosol, enthaltend 60 Tabletten (Dreizipfchen), für lange Zeit ausreichend. 2 — Mark in allen Apotheken und Drogerien. Chinosolfabrik Aktiengesellschaft, Hamburg

Die Metropole.

Von Upton Sinclair.

71 Nachdruck verboten.
Gegen neun Uhr begaben sich die Gäste in den Speisesaal, der zu einer Granitveranda mit dem Ausblick aufs Meer führte. Die Wände des Raumes waren aus rostrauem, fremdartigen, hartem Holz; die verkleideten elektrischen Silberlampen strömten ein weißes Licht aus. Der Tisch war mit Kristall und Silber beladen, mit Dröbchen und Parfäutern geschmückt. Das Riesenschiff des Mittags war nur ein „Gabelfrühstück“ gewesen; nun genossen die Gäste ein ausserordentliches Diner, das der berühmte Jahnaußen-Dollar-Rüchenschel zubereitet hatte. Der Speisesaal hatte etwas Kriegerlich-Festliches; die Diener bewegten sich geräuschlos, die Speisen erschienen und verschwanden, wie durch Zauberkräfte. Allan tat sein Möglichstes, um sich an die tiefausgeschnittenen Kleider der Frauen zu gewöhnen; so oft er sich seiner Nachbarin zuwandte, sah er ihren ganzen Bufen, und es fiel ihm schwer, zu glauben, daß dies der jungen Dame so gar nicht peinlich war. Diese Nachbarin lächelte etwa zwanzig Jahre, sie hatte üppiges, goldblondes Haar und ein unschuldiges Kindergesicht. Allan konnte ihren wirklichen Namen nicht erfahren; alle nannten sie „Cheer“.

Das Diner währte lange. Die Weingläser wurden immer von neuem gefüllt, das Lachen tönte lauter, einige sangen. Die Frauen räkelten sich aus ihren Sesseln. Ein schöner Burleske bildete der träumt zu Allan hinüber, öffnete und schloß die Augen. Die Diener gingen umher, kumm, geräuschlos; Allan fragte sich, was sie wohl über die Leute dächten.

Nach dem Diner setzte sich ein Teil der Gäste an Kartentische; die anderen rauchten und plauderten vor dem Kamin. Allan erinnerte sich, daß er daheim vor der Jagd stets zeitig schlafen gegangen und beim Morgengrauen aufgestanden war; hier jedoch schien es Wild in Hülle und Fülle zu geben, und die Jäger brauchten nur an ihre Bequemlichkeit zu denken.

Allan schlenderte zu einer Gruppe Plaudernder hinüber und beobachtete voller Interesse Billy Price, deren Konversation ihm beim Gabelfrühstück so viel Kopfzerbrechen verursacht hatte. Billy, die Bankierstochter, erwiderte sich als leidenschaftliche Pferdebühlerin; sie war eine Amazone und düsterte auf diesem Gebiet nach Ruhm. Wer sie so dastehen sah, rauchend, Likör trinkend, voller

Vergnügen zweideutigen Anekdoten lachend, der wäre leicht in Versuchung geraten, ein irrtümliches Urteil über sie abzugeben. In Wirklichkeit jedoch war Billy kalt wie Marmor; die Männer verfielen sich keineswegs in sie, sondern machten sie zur Verzauberten ihrer Liebesgeschichten und hielten bei ihr Rat und Hilfe. Diese Einzelheiten erzählt Allan von einem jungen Mädchen, das sich neben ihm setzte. „Ich heiße Betty Waman“, sagte sie. „Wir müssen Freunde werden, denn Ollie und ich sind Partner.“

Allan begriff nicht recht, inwiefern die beiden „Partner“ sein konnten, doch nahm Betty seine Aufmerksamkeit allzu sehr in Anspruch, als daß er weiter darüber hätte nachdenken können. Sie war ein strahlend heiteres, entzückendes Geschöpf in einem purpurnen Kleide, mit einer Purpurrose im Haar und rosigen Wangen. Um ihren kleinen, roten Mund spielte ein übermütiges Lächeln, und aus ihren Augen leuchtete ausgelassene Munterkeit. Ein fremdartiges Parfüm umwehte sie.

„Ich habe ein Empfehlungsschreiben an einen Herrn Waman in New York“, sprach Allan. „Bekannt sind Sie mit ihm verwandt?“

„Er ist ein Eisenbahnpräsident?“

Allan bejahte.

„Ist er ein Eisenbahnkönig?“ flüsterte sie mit gehobener Stimme.

„Nein, er ist reich wie Krösus...? Ein reichlicher Mann, der die Menschen lebendig verflucht!“

„Ja, das dürfte mein Herr Waman sein.“

„Er hat mir die Ehre erwiesen, mein Großvater zu sein. Aber gehen Sie nicht zu ihm.“

„Weshalb?“

„Weil er Sie bestimmt verfluchen wird. Er haßt Ollie.“

„Wirklich?“

„Hat ihnen denn Ollie nichts von mir erzählt?“

„Nein“, erwiderte Allan. „Er nahm wohl an, daß Sie das selbst tun würden.“

„Es ist ein Mädchen“, berichtete Betty. „Es war einmal eine wunderschöne Prinzessin. Verstehen Sie?“

„Ja, mit einer Rose im Haar.“

„Und ein schöner, heißerer, junger Ritter. Die beiden verliebten sich ineinander. Aber der böse alte König verlangte, seine Tochter solle noch warten, bis er alle Feinde besiegelt habe. Dann wollte er seine Tochter einem Prinzen geben, aber nicht einem Angeheuer, das sein Land verfluchte. Begreifen Sie?“

(Fortsetzung folgt.)

Der Erstlingschuh.

Von F. A. Cellis.

Auf meinem Schreibtisch treiben sich so ungefähr ein Duzend Briefschreiber herum. Begeistert! So oft ich Geburtstag habe, schenkt mir irgend ein „Nebst“ Freund eine Gabe, die einen praktischen Wert haben soll. Alle möglichen Formen und Gewichtsklassen habe ich ausprobiert, sogar die „höchste Spitze“ des Heftelberges gemahnte mich daran, wie man unverschuldet „herunterkommen“ kann.

Viele von ihnen mußten dem Geschmack meiner besseren Hälfte weichen und trafen irgendwo ein kümmerliches Dasein. Nur einer blieb ungeschoren!

Gerade der unscheinbarste und absonderlichste! Ein Kinderstiefelchen, vom Gebrauch und von der häufigen Verwendung ungeschoren geworden, behält den Ehrenplatz!

Und manches liebe Mal greife ich nach ihm, wenn mein Blick von der Arbeit abzuweichen, auf ihn fällt.

Dann sehe ich sie wieder, die beiden lieben Menschenkinder, ins weiße Kissen gezwängt, auf den Armen der Mutter immer noch das glückselige Frauenlächeln, das schon wieder der Wehen und Schmerzen vergaß, die noch vor Minuten dem armen Leib so bitter durchschnitten. Und daneben das schwarzbehaarte Köpfchen unfers Töchterchens mit dem roßigen Mäulchen und den blanken Blauaugen.

Sehe wieder, wie ich in einer Viertelstunde vor Mitternacht wohl zehnmal aus dem Federn krieche, um die kleine Schreierin wohl zum zten Male „traden“ zu legen, die damals entsetzten „Wasserfeuer“ war, als später, wo ihr kein Bach zu tief, kein Graben zu breit war, um nicht durchzuwimmern zu werden.

Ich sehe Töchter wieder, wie sie die ersten Ausflüge in meinem Arbeitszimmer unternimmt, zuerst trübend, dann an den Wänden entlang und eines Tages mit lauem Krähen freibühnend durch das Zimmer wadelnd! Weich wahrhaftig nimmer, weichen Freunde größer war, die von uns beiden Allen, oder die der kleinen Zigeunerin, die bald darauf ihre Spaziergänge außerhalb des umfriedigten Dorfschulhausparzels vollführte. Natürlich barfuß!

Und ich denke wieder an unser tiefes Erschrecken, mit dem wir den kleinen Frau in eben diesen Stiefelchen, deren einer meinen Schreibtisch ziert, vor dem Spiegel des Modenhouses sich drehen und zieren sahen, in welchem das zweiährige Göhr sich im Spigenstiefelchen und Charlottenhütchen bewunderte!

Was doch aus einem solch unscheinbaren Stiefelchen herauswachsen kann!

Damals war ihre besondere Leidenschaft, die Unterhöschen unter den nächsten Schweinestall zu versetzen, weil die „Annamit“ und die Wirt-Kelt auch keine aufhimmeln (an haben). Wenn irgendwo im Dorfe intime Kleidungsstücke an den unmöglichsten Orten gefunden wurden, wurde nicht lange gefragt, man fandte sie einfach ins Schulhaus: „Einen schönen Gruß von der Mutter und da bring ich die Hosen eurer Nimi!“ Dank der Ehrlichkeit der Bauersfrauen kamen wir immer wieder in den Besitz der verschmähten, von Mama mit solviel Fleiß gefertigten Wäschele.

Dann kam die Schulzeit auf dem Dorfe, wo alle Jahrgänge in einem Zimmer vereinigt waren. Wie oft mußte da der dämliche Mue von der eigenen Tochter hören: „Papa, du mußt auch nicht so arg viel fragen! Erzähl uns lieber wieder ein Märchen!“ Ob dieses Märchen auch die Besucher der obersten Klasse befriedigte, war ihr egal. Immerhin lag in ihrem Tone eine so gründliche Verachtung der ewigen Muttergötze, daß ich glücklicherweise, keinen Vorzeichen in der Stunde dabei zu haben!

Auch ein Kräftchen enthält das Stiefelchen! Ich leere die Zettel aus ihrem Behältnis. Zwei erwische ich aufs Geratewohl.

Kaum daß die ungeschickte Hand noch den Griffel zu regieren wußte, hatte sie mit Papas bleichem Federhalter ihren ersten Beleg verbrochen:

die grete, ist feant, aum bügl, hags, und auf der Brust, und auf, greuz der löst gehöry und Minnegard, und grete, baba Mama weid der bestreht.

(Die Grete ist feant. Auf dem Bufel hat sie's und auf der Brust und im Kreuz. Der Kosa gehöry's. Und Minnegard und Grete, Papa und Mama (grüßen — ist zu ergänzen.) Waldi heißt recht.)

Auch ein schriftliches Heiratvertrögen gab sie einem lieben Freunde. Es ist kurz: „Ja, ja, ja! Und schenke mir, was du versprochen hast!“

Der Kollege hatte sie gefragt, ob sie seine zweite Frau werden wolle.

Ob die Tatsache, daß die erste Frau noch nicht angetraut war, oder das in Aussicht gestellte Puppenwägelchen mit „echten Gummirädern“ mehr lockte, weiß ich nicht. Als ich sie einmal mit diesem Liebesbrief „aufwachte“, antwortete sie voll stiller Entrüstung: „Papa! Du bist ein Feil!“

Wenn man sie sprechen hört, fängt man an, das zu glauben! Weder meine treue Wagnissin noch ich hatten eine Ahnung, wie entsetzlich „rühmend“ sie geworden sind! Und wenn ich zum Beweise unserer großzügigen Lebensanschauung den Liebesbrief verlese, dann wendet sie hochheilig ein: „Ach, da war ich noch jung und dumm!“

Heute ist sie es nimmer!

So behauptet sie wenigstens!

Wir lächeln still vor uns hin.

Mama glaubt sogar gesehen zu haben, wie der Erstlingsstiefel auf dem Schreibtisch mitgelächelt habe.

Das beweist aber der großen Tochter nichts!

Mit der ganzen, robusten Ueberzeugungsgewalt ihrer fünfzehn Jahre führt sie den Nachweis, daß lo alte Leute oft an Schläfrungen leiden und sich täuschen. „Und überhaupt: ...!“

Wenn sie erst einmal einen Erstlingsstiefel anziehen wird ...!

Arbeiter und Rundfunkprogramm.

Die grundsätzliche Frage muß einmal aufgeworfen werden: Mit welchem Recht fordert die Arbeiterschaft die Berücksichtigung ihrer Wünsche bei den Rundfunkprogrammen?

Schon die ins Auge springende Tatsache der Billigkeit und Bequemlichkeit des Radio kann sie beantworten. Ein tagtäglich angesehener arbeitender Mensch bringt nicht immer die Kraft auf, noch in den Konzerten oder Vortragsabenden zu gehen. Es kostet zumindest schon solviel Energie, daß die Aufnahmebereitschaft stark geschwächt wird. Was das vielfach nebenächlich erkennen. Im Leben spielen solche „Nebenächlichkeiten“ eine bedeutende Rolle.

Gar nicht zu sprechen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Darneben wird bekanntlich die größte Spararbeit an den geistigen Nahrungsmitteln geleistet, was nur zu begreiflich ist, bei dem häufigen Mangel der notwendigen leiblichen Nahrung. Deshalb ist das Radio willkommenere Vermittler kultureller Werte für die wirtschaftlich am meisten benachteiligte Klasse der menschlichen Gesellschaft, für den Arbeiter. Und nichts ist verständlicher, als die Förderung dieser Klasse nach Beschäftigung ihrer geistigen, geistigen Hungers. Das erkennt man zwar prinzipiell an, glaubt aber genug getan zu haben, wenn man einige absehbare Weisheiten über „leichtverständliche“ Kunst vergangener Zeiten etwas aufgewärmt

uns vorsetzt. Gemütsfragen als Einstellung auf die Bedürfnisse des „kleinen Mannes“ sollen wir mit dem Bildungsabfall der blutigen Welt abgesehen werden.

Die Tatsache aber, daß der Rundfunk auf den Arbeiter eingestellt sein soll, enthält die Forderung auch die Kultur des Arbeiters, die proletarische Kultur zu pflegen. Was könnte dem Rundfunk mehr angepaßt sein, als die aufstrebende Tendenz der Arbeiterschaft? Was ist wohl geeigneter, um den Rundfunk aus der Arktis zu befreien? Die bürgerliche Kultur muß vernichtet werden bei dieser Menge, die der Rundfunk bieten muß. Denn 365 Tage müssen im Jahre ausgefüllt werden, ohne daß man sich mehrmals wiederholen könnte. Diese Eigenart des Rundfunks erzwingt eine so große Zahl von Darbietungen, daß der Schiefer auseinandergezogen wird, mit denen einzelne Darbietungen noch die Augen des Alters verdecken können. Zwischen den Maschen hindurch gähnt die Langeweile, schreit uns die Dede der gegenwärtigen Kulturfrage. Nichts liegt deshalb näher, als die Kultur des Arbeiters zu pflegen, die jugendlich ist, der die Zukunft gehört. Sie fördern zu helfen, wäre eine Tat, der technischen des Radio zumindest ebenbürtig.

Man muß das nur erkennen. Viel Mut gehört zur Durchführung nicht. Kann doch das schwerwiegende Moment ins Feld geführt werden, daß die Arbeiterschaft das größte Kontingent der zahlenden Radiohörer stellt. Was liegt näher, als ihr auch Einfluß auf die Zusammensetzung der Programme zu gewähren? Der Rundfunk ist in Deutschland ein Monopol. Haben aber die Inhaber des Monopols das Recht, ganz uneingeschränkt von ihrer Macht Gebrauch zu machen? Sollen die Konsumenten, die ja den Rundfunk finanzieren, keinen Anspruch auf Erfüllung ihrer Wünsche haben? Die Nutznießer des Monopols sollten daran denken, daß die Konsumenten, hier vornehmlich die Arbeiterschaft, mit den finanziellen Mitteln ein ganz auf brauchbares Instrument in der Hand haben, um sich zu ihren Rechten zu verhelfen.

Seit beinahe einem Jahre sind uns die sogenannten Kulturbeiträge bei den Rundfunkgesellschaften zugesagt. Wie sie zusammenzusetzen sind, welche Rechte ihnen einräumt werden, ist nicht bekannt. Man sagt nur, daß wir uns um die Rechte dort werden „durchsetzen“ müssen. Wir wissen, daß diese Beiträge unsern Ansprüchen nicht genügen werden, nicht genügen können. Aber selbst die Verwirklichung von diesem wenigen wird hinausgeschoben. Soll man erst zu materiellen Druckmitteln greifen, ehe die Verwaltung sich entschließt, primitivste Rechte zu gewähren? Rechte, die begründet sind und auf die wir nicht verzichten werden.

Kleine Chronik.

Was ist „Verfallskultur“? Im letzten Vortragsabend des VVN erläuterte Dr. Karl Friedrich ausführlich diesen seit Spenglers „Untergang des Abendlandes“ zum Schlagwort gewordenen Begriff. Das Wort ist nur mit Vorsicht und Einschränkung zu gebrauchen, denn trotz Spengler hat es nie einen durch Verfall bedingten „Untergang“ gegeben, sondern es handelte sich bei der Abwägung der verschiedenen Kulturen immer nur um ein allmähliches Hinübergleiten einer Kultur in die andre. Das unaufhaltsam wandelbare Leben schafft sich die dem augenblicklichen Stande der menschlichen Erkenntnis entsprechenden neuen Ausdrucksformen, die man unter dem Begriffe Kultur zusammenfaßt. Von „Verfallskultur“ kann man also höchstens immer nur bei jenen Schichten reden, die sich ideologisch einer zwangsläufig heraufkommenden neuen Gesellschaftsform verschließen. Diejenigen, die noch den äußeren Formen des Alten anhängen, obwohl das Neue schon übermächtig den geistigen Inhalt der Gegenwart bestimmt, verteidigen eine Verfallskultur. Kultur ist nämlich nichts anderes als eine vollkommene Harmonie aller geistigen, seelischen und realen Werte einer Zeit. Wer also z. B. heute noch aus äußeren Gründen einer Kirche angehört, obwohl er sehen muß, daß in einer Zeit, in der es immer noch arme und Reiche gibt, das Christentum zur Farce werden mußte, wer heute noch die Monarchie haben möchte, obwohl der Zeitgeist längst für die Demokratie entschieden hat, der bekennt sich zur Verfallskultur. Die auseinandergerücktesten Ideologien von Thron und Altar müßten im Zeitalter der Industrialisierung ohne Stütze in der Wirklichkeit bleiben. Für den Proletarier, der nach Kultur strebt, kann es darum keine andre Wahl geben, als sein Fühlen und Denken mit der für ihn heute noch grauenhaften Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Seine Geistigkeit muß dem heutigen Leben den Stempel aufprägen, damit die „Verfallskultur“ bald von der neuen, vollwertigen Lebensform abgelöst wird: der proletarischen Kultur. Kultur liegt nie in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart und vor allem in der Zukunft.

Hans Reimann hatte für den Sonntag einen vergnüglichen Morgen im Schauspielhaus versprochen und löste sein Versprechen mühelos und freigeig. Er las und rezitierte nur aus seinen eigenen Werken: melancholische Betrachtungen über dieses Daseins Milere in publizistischem Ausdrucks, Studien über das jüdische Gemüt, sanfte Satiren und hemmungslose Grotesken. In der Gestaltung immer noch: Kampf dem Speier und Mutter, Entblätterung deutscher Idealitäten, Karf links. Zur Schwärze wird leicht seine scharfe Reizung, einen bestimmten Inventarzeitel in fast allen Arbeiten zu benützen. Ohne Vallenberg, den Grafen Westarp und eine Filandisa kommt er selten aus. In seinen besten Sachen steht hinter den Späßen das berühmte Bibelwort: Sehet, was für arme dumme Luder wir sind! Auch Hans Reimann beweist gegen die Propheten der Wechsellagerung und Seelenlosigkeit, daß der Humor immer der Stärkste sein wird, der aus der Traurigkeit dieser Welt erblüht. Reimann trägt seine Sachen raffiniert vor, niemand könnte es besser, liberallender. Wenn er zwischen zwei Sätzen, wovon Erläuterung, einen Schulterstand, Hinterteil zum Publikum, ausführt, so ist das ein kleines Kennzeichen seiner schrecklichen Wirklichkeit gegen die üblichen Pöblumsaffären. Man wird sich der vergnüglichen Stunde öfters nachdenklich erinnern. Wgd.

Unzählbare Schallwellen. Man hat manchmal Gelegenheit, ein Konzert, z. B. über einen See hinweg, aus einer Entfernung von mehreren Kilometern anzuhören. Aus der unvorzerrten Uebertragung durch die Luft schließt man, daß sich die einzelnen Schallwellen, also die hohen und die tiefen Töne, mit der gleichen Schnelligkeit fortpflanzen. Allerdings bemerkt man, daß die hohen Töne bedeutend geschwächt werden und nur die tiefen auf größere Entfernung hin gut hörbar bleiben. Würden sich aber beispielsweise die tiefen Töne bei dieser drastischen Uebertragung durch die Luft rascher fortpflanzen als die hohen, so könnte man beim Anhören eines Musikstücks aus großer Entfernung niemals die richtige Melodie erkennen, sondern bekäme ein lunterbuntes Durcheinander zu hören. Nun hat man aber Experimente festgestellt, daß dem hörbaren Knall ein unhörbarer Wellenstoß vorausgeht, der sich mit größerer Geschwindigkeit fortpflanzt und demnach vor dem Schall beim Beobachter eintrifft. Das Vorhandensein einer solchen Erschütterung muß mit mechanischen Hilfsmitteln nachgewiesen werden. Ein Gefäß aus dünnen, elastischen Wänden mit Leuchtgas gefüllt, das eine ruhig brennende kleine Flamme ernährt, kann dazu verwendet werden, diesen unhörbaren Stoß nachzuweisen. Zur Feststellung der Geschwindigkeit dieser kleinen Wellen sind vielfach Sprengungsversuche in der Nähe von Berlin vorgenommen worden, über deren Ergebnis noch keine Nachrichten vorliegen.

Ein Radiokongress in Moskau. Die Gesellschaft der Radiofreunde hat zum 1. März einen Kongress nach Moskau einberufen, von allen Ländern des Sowjetbundes bejchnt werden wird. Auf dem Kongress sollen alle Fragen des Radiowesens besprochen werden, die für den Sowjetbund in Betracht kommen. Die Eröffnungsgrede wird Trocki halten.

Friederich Rex als Franzosenfreund und Reichsfeind.

Ein Beitrag zur Hohenzollernlegende.

Von August Siemsen.

Wertwürdiger Wandel der Zeiten! Heute in der demokratischen deutschen Republik leben wir im Zeichen der überschwänglichen Begeisterung für Friedrich den Großen. Auch beim besten Willen kann man dem Friederichs-Rex-Marsch nicht entgehen. Drama und Operette, Kino und Tinglelangel, Romane und Postkarten halten der entarteten Nachwelt das Idealbild des großen Preußenknigs vor Augen. Wie anders bei seinem Tode! „Alles war totentstlich; aber niemand war betrauert. Nicht ein Bedauer, nicht ein Seufzer, nicht ein Lob bekam man zu hören.“ Das sind die Worte eines Verehrers des Königs, an deren Wahrheit nicht zu zweifeln ist.

Man könnte das damit erklären, daß Friedrich von seinem Volke wie von sich selbst so schwere Opfer gefordert habe, daß seine Herrschaft als drückend empfunden wurde, während die Nachwelt erst fähig ist, ihn in seiner ganzen Größe zu erkennen. Aber bei dem heutigen Friederichs-Rex-Rummel wird der König dem unwissenden Spektator in einer Beleuchtung dargestellt, die mit der geschichtlichen Wahrheit nichts zu tun hat. Es handelt sich lediglich um einen großangelegten Volksbetrug zu reaktionären Zwecken. Die Hohenzollernlegende dienstbestimmter oder befangener preußischer Historiker, wie sie in den Schulen an die Kinder gebracht wurde und gebracht wird, hat hier gute Vortat geleistet. Eine Tageszeitung ist nicht der Ort, um sie im ganzen zu widerlegen. Es ist aber doch notwendig, wenigstens in einigen wichtigen Punkten dem Schwund entgegenzutreten.

Man stellt gern das angebliche Wort Ludwigs IV.: „Ich bin der Staat“ dem Wort Friedrichs des Großen gegenüber: „Ich bin der erste Diener des Staates“. In Wahrheit haben beide sich als die unbedingten Herren betrachtet. Und wenn Friedrich die Menschen im allgemeinen, diese verdamnte Rasse, verachtete, so seine Untertanen noch ganz besonders. Sie waren nur dazu da, Steuern zu zahlen und Soldaten zu stellen. Und unter teuerscheuen Reaktionsäre würden sich wandern, wie anders ihr geliebter König und Feld“ das Schwärzen verstand als die geschwätzte Republik. Damit dieses Schwärzen der Untertanen möglichst systematisch und rüch-Nichtlos erfolgte, ließ er einige hundert Franzosen kommen, die mit der Einziehung der außerordentlich drückenden indirekten Steuern betraut wurden. Diese vom ganzen Volke gehäßten und verfluchten Leute durften bei Tag und bei Nacht in die Häuser dringen, um zu kontrollieren; sie konnten die bewaffnete Macht in Anspruch nehmen und bezogen für ihre angenehme Tätigkeit von dem sonst so knackerigen König bezahlte hohe Einnahmen, daß sie meist nach einiger Zeit genug hatten, um sich nach Frankreich ins Privatleben zurückzuziehen.

Friedrich hielt nicht nur Franzosen für besonders geeignet, seine Untertanen auszuplündern, er meinte auch, daß eine Null aus Frankreich immer noch um so viel besser die königliche Bibliothek seines Könne als der Deutsche Völsing, daß er ihm ein doppelt so helles Gesicht aussehte (das Gesicht der obersten aus Frankreich bezogenen Steuerbeamten war allerdings immer noch siebenmal so groß).

Daß der von unsern heutigen Nationalisten gepriesene König französische Sprach und schrieb, daß er nicht richtig deutsch schreiben konnte, darüber stellt man gern hinweg. Ebenso darüber, daß er ein unbedingter Bewunderer des französischen Geistes und der französischen Literatur war. Die deutsche Sprache und die deutsche Dichtung hat er verachtet. Goethes „Göh von Verklügungen“ erschloß ihm als „eine abschulische Nachahmung jener englischen Stücke“. Er bezeichnete diese große deutsche Dichtung als „etelhaftes Gewäsch“.

Und nun seine vielgerühmte „deutsche“ Politik! Da ist mit aller Schärfe festzustellen, daß Friedrich ebensowenig jemals deutsche Politik getrieben hat, wie er je deutsch gefühlt hat. Er hat Deutschland nur als Mittel betrachtet für die Vergrößerung der preußischen Macht. Er hat sich über Deutschland lustig gemacht und es als ein „lächerliches Ding“ bezeichnet, und er war immer bestrebt, die Macht des deutschen Reichs weiter zu schwächen, es noch lächerlicher zu machen. Dazu war ihm jedes Mittel recht, vor allem auch die Bundesgenossenschaft Frankreichs, des alten Nebenbuhlers und Gegners von Deutschland. Als er in den ersten schlesischen Krieg zog, rief er dem französischen Gesandten beim Auszug aus Berlin zu: „Ich gehe, glaube ich, um Ihr Spiel zu spielen. Wenn ich die Trümpe in die Hand bekomme, werden wir teilen! Und später hat er den Wunsch geäußert, daß Frankreich damals — im Jahre 1740 — eine Armee in Deutschland hätte einziehen lassen, die „den König Ludwig XV. zum Schiedsrichter in Deutschland gemacht hätte“. Zu dieser deutschfeindlichen Politik verglichete man das Wort seines Vaters Friedrich Wilhelm: „Das muß ein Cujon von einem deutschen Fürsten sein, der es mit Frankreich gegen das Kaiserhaus hält! Und ich selbst würde auch einer sein, wenn ich es täte.“

Was Friedrich der Große über die Verteidigung der Freiheit Deutschlands (d. h. des Absolutismus der vielen kleinen deutschen Fürsten) gegen den „Despotismus“ deselben deutschen Kaisers gesagt hat, über dessen Machtlosigkeit er ein anderes Mal spottet, ist ebenso politischer Schwund, wie wenn er, der Freigeist und Verächter der Religion, sich als Schützer der protestantischen Religion aufstellt. Das Wort: „Ich bin gezwungen, allein die Freiheit, die Privilegien, die Religion Deutschlands zu verteidigen“ z. B. ist nichts anderes als eine Spekulation auf die Dummheit der Menschen.

Auch die Erwerbung großer Teile Polens durch die wesentliche auf ihn zurückzuführende erste Teilung Polens ist sicherlich kein Beweis für eine deutsche Politik. Sie bedeutete eine Befestigung Preußens mit weiten Gebieten fremder Nationalität, die Preußen nur Schwierigkeiten gebracht hat. Den Frommen zur Erbauung sollte man öfter die Begründung silitieren, die Friedrich für die Bergewaltigung des friedlichen Polens gegeben hat: „Die Teilung Polens wird die Religionen vereinen: die griechische, die katholische, die calvinische; denn wir werden von derselben Hostie essen, welche Polen heißt, und wenn das nicht zum Heile unser Seelen gereicht, so ist es sicherlich ein wichtiger Gegenstand für das Wohl unsrer Staaten.“

Fürwahr, der die Menschen verachtende und seine Untertanen bedrückende Despot, der Religionspöhter, der Franzosenfreund und Gegner Deutschlands — er ist der rechte Heros für das dumpe und unwissende deutsche Spektakel! Die Kanaille, diese verdamnte Rasse“ hat noch immer den verehrt, der sie verachtet. Und um des großen Friedrich willen verzehrt die Verbörschen und Dummheiten seines letzten Nachfolgers und ist bereit, ihm und seinen Genossen die geforderten Milliarden alleruntertänigst zu überantworten. Hatte Friedrich der Große nicht Recht mit seiner Verachtung der Deutschen?

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Februar.

Der Kampf gegen die Fürstenabfindung.

Gestern abend vereinigte sich die der sozialdemokratischen Forderung auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zustimmende Bevölkerung zu einer imposanten Kundgebung gegen den von den ehemaligen deutschen Fürsten geplanten Raub am deutschen Volke.

Genosse Lipinski, begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Frage der Fürstenabfindung keine Rechtsfrage, sondern eine politische Frage ist. Dieselbe Auffassung habe Bismarck bei der Annexionierung Hannovers vertreten.

Die Zahl der Auswanderer aus Deutschland steigt von Jahr zu Jahr, weil die Lebens- und Ernährungsverhältnisse für immer größere Kreise der Bevölkerung unhaltbar geworden sind.

Und in einer Zeit, in der das deutsche Volk nicht weiß, wie es Nahrung, Kleidung und Wohnung beschaffen soll, gerade in diesem Augenblick der höchsten Not, gerade in der Zeit, in der alle Kräfte angespannt und unter allen Umständen Möglichkeiten gesucht werden müssen, aus dieser Not herauszukommen, kommen die Fürsten und Fürstinnen mit dem Verlangen, ihnen 2500 Millionen Goldmark auszuliefern.

Alles in allem sind durch die Inflation etwa 128 Milliarden Goldmark verloren gegangen. Viele Millionen von Menschen sind in größte Not gebracht worden, dennoch glauben die ehemaligen Fürsten, 2 1/2 Milliarden Mark für sich reklamieren zu können.

Wir fordern die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Die Demokraten wollen dagegen ein Reichsgesetz, das den Fürsten die Abfindung überläßt. Die Volkspartei will die Fürsten den übrigen Privatbesitzern „gleichberechtigt“ erachten und daher auch ein solches Gesetz ablehnen.

Vom 4. bis 17. März liegen die Listen aus. Um zum Ziele zu kommen, müssen vier Millionen Wähler durch Unterschrift ihren Willen bekunden. Die Frauen stellen das Hauptkontingent der Wähler dar.

Wir haben in Deutschland zum erstenmal Gelegenheit, von dem wichtigsten Recht des Volkshechrens Gebrauch zu machen. Der Kampf gegen den Raubzug der Fürsten ist zugleich ein Kampf für die Stärkung der Republik und gegen die monarchistischen Bestrebungen.

Fürsten ihm rauben will. Sei jeder sich dessen bewußt. Dann wird das Volksbegehren zu einer würdigen Demonstration für die Republik und gegen die maßlosen Unverschämlichkeiten der Fürsten.

Als der Beifall sich gelegt hatte, erhielt die Genossin Fiegler das Wort. Sie wies auf die Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes für die Frauen hin und forderte, daß auch der Frauentag, der in der Zeit vom 7. bis 14. März stattfindet, im Zeichen des Kampfes gegen die Fürstenabfindung stehe.

Des Menschen Würde ist in eure Hand gegeben, Bewahrt sie, sie sinkt mit euch; Mit euch wird sie sich heben.

Die polizeiliche Anmeldung der Mehlfremden.

Während der letzten Herbstmesse wurden von auswärtigen Mehlfremden Klagen darüber geführt, daß es leicht mit Hilfe des Polizeipräsidiums nicht möglich gewesen sei, die hiesigen Wohnungen auswärtiger, zur Messe hier weilender Geschäftsfreunde zu ermitteln.

Ueber das Volksbegehren

und die entschädigungslose Enteignung der Fürsten spricht in Deffentlicher Volksversammlung

GutsMuth: Donnerstag, den 25. Februar, 1/8 Uhr, Gosen-schloßchen, Reichstagsabgeordneter Hermann Fiehnner, Dresden.

Wohls: Donnerstag, den 25. Februar, 1/8 Uhr, Concordia-säle, Reichstagsabgeordneter Künzler, Berlin.

Thonberg: Sonnabend, den 27. Februar, 1/8 Uhr, Gasthof Thonberg, Reichstagsabgeordneter Hermann Fiehnner, Dresden.

Deysch: Sonntag, den 28. Februar, 1/211 Uhr, Gasthof zur Linde, Reichstagsabgeordneter S. Saupe.

Wachau: Sonntag, den 28. Februar, 4 Uhr, Gasthof zur Linde, Genosse G. Ernst, Leipzig.

Volksgenossen und -genossinnen, erscheint in Massen! SPD. Groß-Leipzig.

hiesigen Wohnungsgeber nochmals auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht, die bei ihnen wohnenden Mehlfremden möglichst sofort, spätestens aber innerhalb 24 Stunden, polizeilich anzumelden.

Gutscheine für Leipziger Mehlfremder.

Der neugeschaffenen Einrichtung der Gutscheine für Besucher der diesjährigen Frühjahrsmesse sei nochmals empfohlen erwähnt. Die Gutscheine werden ausgestellt entweder mit Wohnung, und zwar in diesem Falle auf mindestens fünf Tage.

Ueber Kündigung Schwerbeschädigter und Anzeige über ihr Ausscheiden an die Hauptfürsorgestelle.

Die Abteilung für Schwerbeschädigtenfürsorge bei der Kreishauptmannschaft Leipzig, als die mit den Befugnissen der Hauptfürsorgestelle betraute Dienststelle, teilt uns mit:

In der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage, die vielfach Betriebsbeschränkungen, verbunden mit Personalabbau, zur Folge hat, wird von den Arbeitgebern häufig übersehen, die Vorschriften des Schwerbeschädigtenengesetzes über den Kündigungsschutz zu beachten, deren wichtigste ist, daß einem Schwerbeschädigten der Dienstvertrag nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle rechtswirksam gekündigt werden kann.

Kinderarbeit.

Vom Gewerbeamt wird mitgeteilt: Die Arbeitslosigkeit gebietet, die Beschäftigung von Kindern weitestmöglich einzuschränken. Mit gleichem Rechte ist dies zum Wohl der Kinder erforderlich. Die gesetzlichen Vorschriften über den Kinderschutz belegen, in gewerblichen Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern, in Werkstätten mit Kraftbetrieb, in Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, in der Tabakindustrie, auf Baustellen aller Art, in dem mit dem Spektationsgeschäft verbundenen Fuhrwerksbetriebe, beim Mischen und Mahlen von Farben, bei Arbeiten in Kellereien und in weiteren, besondere Gefahren in sich schließenden Betrieben Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

Der Plakateerwerb zur Leipziger Frühjahrsausstellung

bietet, wie der Arbeitsnachweis mitteilt, für die Aussteller günstige Gelegenheit zu einer Reklame von sonst unerreichter Wirkung. Wie bisher werden die Träger hierzu durch den Deffentlichen Arbeitsnachweis Leipzig und Umgebung aus den Kreisen der Leipziger Erwerbslosen und anderen Bedürftigen entnommen.

Die Leipziger Luftenbahn-Aktiengesellschaft gibt im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer bekannt, daß sie die Fahrpreise für Einzelfahrer im Uebergangsbereich entsprechend der Erhöhung auf den städtischen Linien um 5 P. g. erhöht.

Zwei Notvorstellungen veranstaltet der Ortsausschuß Leipzigs des DGB, und das Ortsamt Leipzig des IFA-Bundes für die Gewerkschaftsgenossen der internationalen Arbeiterliga.

Mirag-Konzert. Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale des Volkshauses wiederum ein Mirag-Konzert statt. Ausgeführt vom Leipziger Sinfonie-Orchester, Dirigent Alfred Szendrei, sowie unter solistischer Mitwirkung von Professor Julius Klengel (Violoncell).

Volkshochschule Leipzig. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der zweite Abend der Vortragsreihe von Geheimrat Walter Goch Die deutsche Luftenpolitik seit dem Weltkrieg am Freitag, dem 27. Februar, im Frauenteminar, Königstr. 20, pünktlich 8 Uhr, beginnt.

Deffentliche Jugenddozentanstalt. Heute Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saale des Jugendheims, Töpferstr. 2, III, ein lustiger Hans-Sachs-Abend statt.

Die Auszahlung der Militärrenten für Monat März erfolgt beim Postamt L. Volkmarstraße bereits am 26. Februar (nicht wie durch Aushang bekanntgegeben am 27. Februar) in den Reichshallen, Elisabethstr. 7, von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Reitner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kriegobeschädigte usw. Ausgabe von Rindfleisch (gute Qualität) Freitag, den 26., und Sonnabend, den 27. Februar, ab 8 Uhr früh im städtischen Schlachthof. Einheitspreis für das Pfund 56 Pfennige.

Fleischverkauf am Donnerstag, Freibank I und II freier Verkauf.

Posteinrichtungen.

Zur Schlägerei in der Thüringer Straße am 31. Januar. Wie den Lesern erinnert sein wird, wurde am 31. Januar, abends in der 11. Stunde, der Spinner Konrad Jahn vor einer Schankwirtschaft in der Thüringer Straße im Laufe einer Schlägerei tödlich verletzt. Am 3. Februar ist er an einer schweren Kopfverletzung gestorben.

Allgemeine Flugblattverbreitung Donnerstag und Freitag von 6 Uhr ab in den bekannten Lokalen. Wer gegen die fürstlichen Forderungen ist, helfe mit. SPD. Groß-Leipzig.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Städt. Freitag, 26. Februar 1926, abends 8 Uhr, im Gasthof V. Stütz wichtige Funktionärversammlung. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig.

Städt. Alle Funktionäre, Elternräte, Betriebsobleute und sonstigen arbeitsfreudigen Genossen und Genossinnen sind zu einer am Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, im Brauereigarten stattfindenden wichtigen Sitzung eingeladen.

Städt. Sämtliche Funktionäre treffen sich vor der öffentlichen Versammlung im Gosenhölzchen zu einer wichtigen Besprechung. Sorgt für Massenbesuch, auch unter den Frauen.

Städt. Freitag, 26. Februar, politische Obsteute und Funktionärversammlung in der Turnhalle, Krakauer Straße. Beginn um 8 Uhr. Zahlreich erscheinen.

Städt. Dehlsch-Gautsch, Großewitz, Matzkeberg, Gajschwitz, Dösch, Bösen, Köbinger, Großdeuben, Waghau, Seltewitz-Göhren. Sonntag, abends, 27. Februar, abends 8 Uhr, im Mittelpunkt Dehlsch. Konjum betreffend.

Städt. Engelsdorf. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Bibliothek. Gemeindevorsteher müssen bestimmt erscheinen.

Frauen.

Städt. Taucha-Dösch. Sonnabend, 27. Februar, abends 8 Uhr, im Schützenhaus: Frauenversammlung. Gen. Lehrer H. Weise spricht über: „Weltliche Schule“. Die Erziehungsfrage des proletarischen Kindes wird in ihrer Bedeutung für die Umgestaltung der Gesellschaft noch nicht von allen Eltern erkannt. Aus der praktischen Erfahrung des Lehrers, der im täglichen Umgang unserer Kinder steht, sollen die Mütter hören, was nützlich. Alle Frauen und Töchter der Genossen besuchen den Vortrag. Gäste und Genossen willkommen.

Städt. Ostheim-Stütz. Morgen abends um 8 Uhr gehen alle Frauen und die erwachsene Jugend in das Restaurant Ostheimstr. 22, zum Vortrag über „Volksnot und Fürsorge“. Referent: Lehrer H. Weise.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Städt. Freitag, 26. Februar, abends pünktlich 8 Uhr, im Volkshaus (Café) Generalversammlung. Berichte und Neuwahlen. Genossen und Genossinnen, beweist durch volljähriges Erscheinen einer Interessent an dieser Gemeinschaft.

Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Deipzig.

Städt. Für heimlose Gruppen. Am kommenden Sonntag, 28. Februar, findet im Töpferheim (großer Saal) ein Jungens-Abend statt. Einlass 7 Uhr. Zur Deckung der Unkosten müssen 10 Pfg. Eintrittsgeld erhoben werden.

Städt. Die Abreisen der Vorstände, die Angaben der Heime und der Gruppenabende müssen bis Freitag im Sekretariat abgeliefert werden, da sie zur Herstellung von Werbematerial gebraucht werden.

Städt. Mittlungsbüro. Führer und Internationale sind heute allen Gruppen durch die Leipziger Volkszeitung zugestellt worden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Städt. Ortsgruppe Taucha. Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr: Zusammenkunft in der Schule. Erscheinen aller ist Pflicht.

Aus der Umgebung.

Vom Bezirksausschuß.

In einer der letzten Sitzungen des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Leipzig war gefordert worden, in der Frage der Kontrollmaßnahmen für die im Bereiche der Amtshauptmannschaft Leipzig anfalligen Erwerbslosen eine Erleichterung zu schaffen. In der am 23. Februar abgehaltenen Bezirksausschusssitzung konnte mitgeteilt werden, daß Verhandlungen in dieser Richtung insofern von Erfolg waren, als sich die auswärtigen Erwerbslosen nur noch aller 14 Tage beim Arbeitsnachweiser der Stadt Leipzig melden müssen. Die tägliche Meldung bei der Ortsbehörde bleibt davon unberührt. Gleichzeitig wurde bekanntgemacht, daß die Erwerbslosenziffer, die am 1. Februar 1926 im Bezirke der Amtshauptmannschaft noch 7452 betrug, bis zum 15. Februar um 214 zurückgegangen ist.

Auf Grund der Ermächtigung des Bezirksausschusses war von der Amtshauptmannschaft der Gemeinde Engelsdorf bereits die Zustimmung zur Aufnahme eines Darlehens von 18875 RM. als Beitrag zur Stärkung des Stammkapitals der Girozentrale Sachsen in Dresden erteilt. Der Bezirksausschuß nahm hiervon und von der ebenfalls erteilten Zustimmung zur Aufnahme eines Darlehens von 35 000 RM. durch die Gemeinde Liebertswitz bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen in Dresden zum Bau von 20 gemeindeeigene Wohnungen Kenntnis. Ausgesetzt wurde die Entscheidung in der Aufnahme eines Darlehens von 20 000 RM. durch die Gemeinde Lindenthal, die diese Summe zum Bau von 18 Kleinwohnungen benötigt. Das ausgeführte Bauprojekt erfordert einen Gesamtaufwand von 85 000 RM. Da nach Angaben der Gemeinde die Erträge aus der Mietsteuer sowie das Darlehen in Höhe von 20 000 RM. für die Durchführung des Projekts nicht ausreichen, fordert der Bezirksausschuß erst die Sicherstellung der Finanzierung ehe er die Zustimmung zur Aufnahme des Darlehens erteilt.

Dehlsch-Matzkeberg ersuchte um Genehmigung eines Darlehens in Höhe von 57 000 RM. zur Durchführung von Kostenträgen (Wasserregulierung und Bergarbeiten des Familienbades) und um Aufnahme eines solchen in Höhe von 25 000 RM. zur Errichtung einer Schulküche. Im ersten Falle nimmt der Bezirksausschuß von der bereits erteilten Zustimmung Kenntnis; auch gegen die Aufnahme des zweiten Darlehens, das zu günstigen Bedingungen gegeben werden soll, wird kein Einspruch erhoben.

Nachdem Regierungsrat Dr. H. H. über das vorläufige wegen der schlechten Finanzlage nicht durchführbare Projekt der Errichtung einer Schulgesundheitskaserne referiert hatte, stimmte der Bezirksausschuß der Einrichtung einer Bezirksgesundheitskaserne zu und bewilligte für diese Zwecke 1500 RM. als einmalige Beihilfe.

Taucha. Stadtvorordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt ein Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen zur Verlesung, die eine Unterstützung in Naturalien, wie sie die Stadt Leipzig gegeben hat, fordern. Das Kollegium erkennt die Not der Erwerbslosen an und beschließt einstimmig, für 3000 RM. Lebensmittel anzuschaffen, die an Erwerbslose und Bedürftige auszugeben werden sollen. Gedacht soll diese Summe dadurch werden, daß ein Zuschlag zu den Strompreisen erhoben wird. Die Erwerbslosen erhalten monatlich 2 Kilowattstunden Licht und 4 Kubikmeter Gas unentgeltlich. Gutgehehen wird, noch einige dringende Arbeiten im Stadtbad vorzunehmen, die Arbeiten aber nur dann auszuführen, wenn die Mittel durch ein Darlehen beschafft werden können. Weiter liegt eine Polizeiverordnung über die Verteilung

von Ratten und über die Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen an den Ostbäumen vor, die einstimmig angenommen wird. Genosse Schmidt macht noch einige Richtigstellungen über einen Berichtigungsbericht des Bürgerbundes im Tauchaer Wochenblatt. In diesem Bericht wurde der Einkaufspreis unterschrieben, der verteuert dem kleinen Handwerker den Strompreis. Genosse Schmidt wies nach, daß gerade die Einkäufer es waren, die die Rabatte schon dort anjagen lassen wollten, wo auch das Kleinhandwerk betroffen würde. Aber die Sache hatte schon ihren Hintergrund: der Bürgerbund sammelt schon jetzt alle seine Anhänger, um bei der im Herbst stattfindenden Gemeinderatswahl die verhasste Einkäufer zu Falle zu bringen. Und da kommt es auf einen Schwindel mehr oder weniger nicht darauf an.

Sächsische Angelegenheiten.

Aufwertung der Sparkassenguthaben um 12 1/2 Proz.

Nach einer Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern erfolgt die Aufwertung der Sparkassenguthaben bei allen öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen in Sachsen ohne Bildung einer Teilungsmasse und ohne Bestellung eines Treuhänders zu einem Aufwertungssatz von 12 1/2 Prozent des Goldmarkwertes der Sparkassenguthaben.

Wird nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine der Abfindung unterliegende Markanleihe einer Gemeinde, der die Gewährleistung für eine Sparkasse obliegt, in der Weise getilgt, daß hierbei ein Aufwertungssatz von mehr als 12 1/2 Prozent des Goldwertes erreicht wird, so ist dieser höhere Satz auch für die Aufwertung der Sparkassenguthaben bei ihrer Sparkasse als Aufwertungssatz maßgebend. Das Entsprechende gilt, soweit bei der Tilgung der für eine Markanleihe ausgegebenen Abfindungsanleihe ein Aufwertungssatz von 12 1/2 v. H. des Goldwertes der Markanleihe überschritten wird. Werden bei einer Sparkasse Sparkassenguthaben zu einem höheren Aufwertungssatz aufgewertet, so ist ein Beitrag in Höhe der Hälfte desjenigen Betrages, der für die über 12 1/2 v. H. des Goldmarkwertes hinausgehende Aufwertung erforderlich ist, an einen Ausgleichsstock abzuführen, aus dem Leistungsschwache Sparkassen bei der Ausführung des vorgeschriebenen Aufwertungssatzes zu unterstützen sind.

Die Einleger der Sparkasse werden im Verhältnis des Goldmarkwertes ihrer Forderungen berücksichtigt. Einer Anmeldung der Guthaben bedarf es im allgemeinen nicht. Nur wenn ein Einleger auf Grund der Tatsache, daß sein Guthaben von einer Sparkasse auf eine andere Sparkasse überwiesen worden ist, eine Aufwertung verlangt, die höher ist, als die des Goldmarkwert der Einlage zur Zeit der Überweisung auf die Sparkasse an sich rechtfertigt, so hat er diesen Anspruch binnen drei Monaten, von Erlass der Verordnung ab gerechnet, bei der zweiten Sparkasse anzumelden.

Das sächsische Staatsvermögen im Jahre 1924.

Städt. Dem Landtage ist der Rechenschaftsbericht über den Staatshaushalt für den Dreikönig Sachsen auf das Rechnungsjahr 1924 vorgegangen, nachdem mit Zustimmung des Landtages für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 von einer Drucklegung des Rechenschaftsberichts abgesehen worden war. Der vorliegende Bericht erscheint in der Hauptausgabe wieder in der Form desjenigen vom Rechnungsjahr 1921. Aus dem Inhalte dieses Berichts heben wir die Zusammenfassung über das Staatsvermögen am Schlusse des Rechnungsjahres 1924 hervor:

1. Reinvermögen an Kassenbeständen, Wertpapieren (einschließlich aller Beteiligungen), Kassenbeständen und Vorräten	141 471 914,38 RM.
2. Bewegliche Bestände	50 272,10 "
3. Gebrauchsgüter und Dienstleistungen	43 877 585,00 "
4. Unbewegliches Staatsvermögen	558 753 775,00 "
5. Staatliche Bestände zu bestimmten Zwecken	1 149 394,90 "
6. Forderungen aus der Übertragung der sächsischen Staatsbahnen in das Eigentum des Reiches	—
7. Sonstige Forderungen gegen das Reich	—
8. Kapitalanlage des Staates bei	
a) den Landwirtschafsbetrieben	3 375 000,00 "
b) dem Eisenbahnbau	1 893 284,82 "
c) den Holz- und Hartsteinwerken	475 000,00 "
d) der Porzellanmanufaktur Weissenhof	2 990 000,00 "
e) den Hütten- und Eisenerzwerken	5 487 240,00 "
f) der Mühlen	90 000,00 "
g) den Staatlichen Straßenbahnen	1 750 000,00 "
h) den Staatlichen Kraftwagenlinien	1 982 888,30 "
i) der Sächsischen Staatsbahn	3 040 000,00 "
Vermögensgewerte	778 855 811,90 RM.

Staatsschulden	
a) Anleihe- und Staatsanleihe	3 601 601,68 RM.
b) Wechsel- und Schulden	3 973 957,58 "
c) Sonstige Landeshauptkassenschulden	—
Staatsvermögen am Schlusse des Rechnungsjahres 1924	775 254 154,26 RM.
Reines Staatsvermögen zu Anfang des Rechnungsjahres 1924	768 579 952,46 RM.
Gesamtvermögenssumme i. Rechnungsjahr 1924	691 307 948,71 RM.
	77 272 003,75 RM.

Planwirtschaft in der Kindererholungsfürsorge.

Städt. Ein sächsisches Beiratsmitglied. Am Sonnabend erfolgte die Einweihung der Kinderheilstätte Heideberg in Oberlößnitz bei Dresden, zu der das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und die Sächsische Erholungsfürsorge eingeladen hatten. Erschienen waren der Minister Eisner, der Präsident des Landesgesundheitsamtes, Dr. Weber, der Landesgewerbestat Professor Dr. Thiele, Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, des Verbandes der Bezirksverbände, der Bezirksfürsorgeverbände usw.

Ministerialrat Genosse Ritzau, der Referent für die Erholungsfürsorge, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß Krieg und Nachkriegszeit unter unserer Nachkommenschaft verheerend gewirkt haben. Infolgedessen sei ein neuer Zweig der sozialen Fürsorge, die Erholungsfürsorge, entstanden. In neuerer Zeit machen sich Bestrebungen bemerkbar, die auf eine Planwirtschaft in der Erholungsfürsorge drängen. Nicht alle Erholungsheime seien vorbildlich, an ihrem Fortbestand habe man kein Interesse. Dann möchte auch eine strengere Auswahl der Kinder Platz greifen, damit den wirklich Bedürftigen geolfen wird. Weiter möchte auch eine Spezialisierung in der Erholungsfürsorge eintreten, damit die einzelnen Kinder je nach ärztlichem

Befund ins Seehaus, ins Gebirge, ins Waldheim oder sonstige untergebracht werden können.

Bei dem ausföhrlich andauernd hohen Prozentfuß von Beiratsmitgliedern bei den Erholungsheimern habe man sich entschlossen, das Erholungsheim Sonnenstein in ein Beiratsheim umzuwandeln. Da diese Räume wieder zur Unterbringung der wieder zunehmenden Heilkranken gebraucht wurde, habe man sich nach einem neuen Heim umsehen müssen und zu diesem Zwecke dieses Grundstück nachweise vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden übernommen, um dadurch für beiratsfähige Kinder eine Stätte zu schaffen, die ihnen ein wirkliches Heim und eine Stätte der Gelundung bieten soll. Aus allen Räumen, aus der ganzen Umgebung spreche Liebe und Güte. Weil die Pflegekinder zum großen Teil aus den schlechtesten sozialen Verhältnissen stammen, darum die Wahl dieses Heims in der wunderbaren Lage der Lößnitz, darum die hellen, lichten Räume in zweckentsprechender Ausstattung. Alles sei angebahnt auf Zusammenarbeit von Arzt und Pädagoge.

Hohe Anforderungen würden an die Erziehungsleitung der Heilstätte wie auch die Kinderbetreuerinnen gestellt, denn ihre Aufgabe sei eine doppelte, eine heilpädagogische. Für Schulunterricht solle Raum in einem besonderen Gebäude. Verjucht würde auch Eltern und Entenbesitzer für eine nachgehende Fürsorge zu interessieren durch Verabfolgung eines Merkblattes. Durch diese Heilstätte glaube man auch zur Lösung der Beiratsfrage beigetragen. Man habe es hier mit einem Stück praktischer sächsischer Wohlfahrtspflege zu tun.

Städt. Zur Nachahmung. Die Stadtvorordneten von Dresden haben beschlossen, den Erwerbslosen, die nicht im Innern der Stadt wohnen, freie Fahrt auf der Straßenbahn zur An- und Abmeldung ihrer Unterbringung zu gewähren.

Städt. Um den Annaberger Amtshauptmann. Der Gesamtvorstand der Deutschnationalen Volkspartei des Bezirkes Annaberg hat eine Entschließung gefaßt, in der gegen die angeblich bevorstehende Ernennung des Abg. Genossen Schütz zum Amtshauptmann von Annaberg protestiert wird. „Das gesamte Bürgerium der Amtshauptmannschaft Annaberg würde eine solche Besetzung als eine Herausforderung auffassen, nachdem in einem Bezirk mit erheblicher bürgerlicher Mehrheit eben erst für dieses Amt ungeeigneter Parteifunktionär seinen Posten verlassen hat.“ — Der „ungeeignete Parteifunktionär“ ist Genosse Schulze, der zur Amtshauptmannschaft Leipzig versetzt und dessen Befähigung durch seine Beförderung zum Oberregierungsrat von der Regierung anerkannt worden ist. Im übrigen darf man gespannt sein, ob die Regierung vor den Bürgerlichen der Amtshauptmannschaft Annaberg ins Maulschloß kriecht.

Städt. Kirchenaustritt. Nach einer Statistik des evangelisch-lutherischen Landeskonferenzen sind im Jahre 1924 aus der Landeskirche 22 740 Personen ausgetreten und 5000 eingetreten. Der Austritt in den Vorjahren war größer. Es gibt aber immer noch viele Zehntausende, die innerlich nichts mehr mit der Kirche zu tun haben, aber den Schritt scheuen, durch Austritt auch äußerlich mit der Kirche zu brechen.

Städt. Englisches Kapital für das Radiumbad Oberlößnitz. Die Sächsische Republikische Korrespondenz meldet: Die Firma „Verma“, die die Finanzierung für den Ausbau des Radiumbades Oberlößnitz betreibt, hat ein englisches Finanzkonstruktum gewonnen, das zunächst 100 000 Pfund Sterling an Aktien übernehmen wird. Die Verhandlungen sollen kurz vor dem Abschluß stehen, so daß die Hoffnung besteht, daß der Bau noch in diesem Frühjahr beginnen kann.

Städt. Radio als Musikinstrument. Die Stadt Röhlsbroda erhob für jeden Radioapparat 10 RM. Musikinstrumentensteuer. Die Aufsichtsbehörde wird die Rechtmäßigkeit auf Grund der erhobenen Beschwerde nachprüfen müssen.

Städt. Plauen i. V. Schweres Automobilunglück. Ein schweres Automobilunglück hat sich Dienstagmorgen auf der Kaiserstraße oberhalb des Waldrestaurants ereignet. Ein aus Greiz kommendes Automobil fuhr, als es einem entgegenkommenden Auto auswich, gegen einen Straßbaum. Die Insassen, drei Herren aus Greiz, wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Sie wurden nach Plauen ins Krankenhaus übergeführt. Das Auto wurde völlig zerstört.

Städt. Plauen. Autounglück. Ein schweres Autounglück hat sich in der vergangenen Nacht auf der Kaiserstraße ereignet. Ein aus Greiz kommendes Automobil fuhr, als es einem entgegenkommenden Auto auswich, gegen einen Straßbaum an. Die Insassen wurden im Bogen weit herauf auf eine Mauer geschleudert, wo sie mehr oder weniger schwer verletzt liegen blieben. Das Auto wurde vollständig zerstört. Der 20 Jahre alte Kraftwagenführer Herbert Schreiber aus Greiz und der 23jährige Willi Kunze wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Beifahrer und ein anderer Mitfahrer erlitten leichtere Verletzungen.

Städt. Zwickau. Von der Lokomotive überfahren. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Zwickauer Bahnhof. Der 50jährige Referenzführer Lieberich wurde in dem Augenblicke von einer Lokomotive überfahren, als er die Gleise überquerte, um zu seiner Maschine zu gelangen. Der Mann war sofort tot.

Städt. Markneukirchen. Jugendtötung. Am Sonntag entgleit von dem 8 Uhr 53 Min. vormittags aus Markneukirchen-Siebenbrunn nach Erbach abfahrenden Zuge bei der Ausfahrt infolge Schienenbruchs die Lokomotive, ein Güterwagen und die Vorderachse des ersten Personenwagens. Die Maschine legte sich nach der Entgleisung infolge des aufgewickelten Bodens auf die Seite. Der Führer erlitt eine leichte Verletzung im Gesicht. Sonst ist niemand zu Schaden gekommen. Während der Aufräumungsarbeiten wurde der Verkehr mit Kraftwagen aufrechterhalten.

Sportartikel.

Städt. Die Bundesmeisterschaften im Wintersport müssen nochmals um acht Tage verschoben werden. Sie sollen nun endgültig am 6. und 7. März stattfinden. Wir bitten, alle Meldungen aufrechtzuerhalten. Sollte an den Tagen der Schnee nicht reichen, werden wahrscheinlich die Wettkämpfe endgültig abgefragt. R. V. H. n.

Bersammlungskalender.

Städt. Mittwoch, den 24. Februar 1926. Bezirksbund (Delegierte), Volkshaus, 8 Uhr. Metallarbeiter (Vertreter), Volkshaus, 8 Uhr. Donnerstag, den 25. Februar 1926. Gemeinschaft proletar. Freidenker (Funktionäre), Volkshaus, 8 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Unerreicht Delikateß-
Margarine
ersetzt beste **Naturbutter**

Reste

und Abschnitte

Zugunsten, weil Sie wirklich billig kaufen!

Gelb-Etikett
Jeder Rest
 oder
Abschnitt 65
 darunter Längen bis 1 1/4 Mtr.

Grün-Etikett
Jeder Rest
 oder
Abschnitt 95
 darunter Längen bis 2 1/2 Mtr.

Blau-Etikett
Jeder Rest
 oder
Abschnitt 1.40
 darunter Längen bis 3 1/4 Mtr.

Rot-Etikett
Jeder Rest
 oder
Abschnitt 1.90
 darunter Längen bis 4 Mtr.

Außerdem Tausende von Resten und Abschnitten zu denkbar billigsten Preisen.

Unser billiger Kurzwaren-Verkauf wird fortgesetzt.



Beachten Sie unser Fenster in welchem wir den Werdegang des Lindener Samtes zeigen.

Luna-Park

Sonnabend den 27. Februar

DIE SENSATION DES FASCHINGS unter dem Titel

Der Maskenball der Messonkel

4 Kapellen Intern. Tanz-Sport-Orchester 4 Kapellen

Wenskat

Das beliebte Ballorchester Landmann u. a. m. Orig. Preisverteilung / Kein Weinzwang / Feenhafte Beleuchtung Stimmungsvoller Betrieb.

Saaleintritt: Damen 2 Mk., Herren 3 Mk. inkl. Steuer.

Masken und Dominos am Eingang erhältlich. Tischbestellung unter Nr. 50881 erbeten. Regelmäßige Autobusverbindung ab Endstation Möckern (10) bis Luna-Park. Ab 1-4 Uhr früh Pendelverkehr der Autobusse Luna-Park-Hauptbahnhof.



VOLKSHAUS

Die beste Erholung nach des Tages angestrengter Arbeit bietet der beliebte

Mittwochs-

Familienabend

Herr Musikdirektor Gustav Schlige mit dem gutgeleiteten Kammer-Orchester

Die beliebten Rheinischen Winzerfeste



D. G. Müller, Telefon 28583. - Gesellschaft 8 - Reichl 80.

Heute Mittwoch, den 24. Februar: **Großer Wunschabend!**

Stimmung Künstler-Trio! Humor

PANORAMA KÜNSTLER-SPIELE

Täglich 5 Uhr und abends 8 Uhr **Große Konzerte!**

Das große Februar-Programm! An den Wochentagen Eintritt frei! Im unteren Konzerthaus Täglich große

karnevalist. Konzerte.

Gastartiger Rudi Hauwede Oswald Schirmer



Paul Baumann **Fischwaren-Groß-Handlung** Tel. 14122 Windmühlenstr. 42

Was ist bloß bei **Baumann** los Daß der Andrang ist so groß Bis Sonnabend

Billige Fisch-Tage

Direkt vom Fangplatz.

Ein Waggon See-Fische alles im Ausschütt

5 Pfund 90 Pfg. | Pfund 20 Pfg.

Die beliebten bratfertigen Fischkoteletts Pfd. 30 Pfg

Frische grüne Heringe 5 Pfd. 70 Pfg., Pfd. 15 Pfg.

1 Waggon prachtvoll **Fett-Voll-Bücklinge**

Die ganze Kiste 5 Pfund Inhalt 1.20

Ausgewogen Pfund 35 Pfg.

So ein Kistchen hochfeine Bücklinge dürfte diese Woche in keiner Familie fehlen, das ganze Pfund kostet Ihnen bloß 24 Pfg.

Spezialangebote

in **Handkoffern**

Hartpappe langgrain m. 2 Schlöss, cm 50 55 60 65 M. 3.90 4.- 4.50 5.- Flor-Press m. 2 pa. Zugschlöss cm 50 55 60 65 M. 5.- 6.- 7.- 8.- Garantiert echt Vulkanfiber cm 60 65 70 M. 11.- 12.- 13.-



Coupeköffer mit 2 herumgehenden Bügeln, 1 Einsatz, prima wasserdicht, Hartfiber cm 60 65 70 75 M. 13.- 14.- 15.- 16.- Garantiert echt Vulkanfiber cm 60 65 70 75 M. 20.- 21.- 21.75 22.50

Sperrholz-Coupeköffer, m. Segeltuchbezug, leicht und unverwundlich cm 65 70 75 M. 42.- 44.- 46.- Desgl. Rohrkoffer, beste Ausführung M. 55.- 60.- 65.- 70.-

Alle Reise-, Kleider-, Schrank-, Schiffs- und Autokoffer in größter Auswahl u. erstklassig bill. Preisen.

Karl Blaich

Koffer- und Lederwarenfabrik Windmühlenstraße 32.

3 Linden

Täglich 8 Uhr: **Das große Varieté-Programm!**

2 Amles liegende Hüte

Elvira u. Partner Trapezkünstler

Hoffmann-Girls und Partner Grotesk-akrobat. Tänze

Rochez berühmtes Affen-Theater

Humorist **Max Dietze**

Vera Velores Lebende Skulpturen in idealer Nacktheit

Anneliese Riedner Konzertsängerin

Liane Hartung und Partner Akrobatischer Balanceakt

Die Dollarfee Preise von 50 Pfg. bis 4 Mk. Telefon: 43543/43856

Jetzt beste Pflanzzeit!

Obstbäume aller Art

Beerenobst, Rosen, Eber- u. Schlinggewächse, Nadelgehölze usw.

Große Bestände. Katalog frei!

Karl Köhler, Baumsch. Zuckelhausen-Liepnitz

Telephon Liepnitz 05171.

Dr. med. W. Brechling

Facharzt für Nervenkrankheiten Elektrotherapie, Psychotherapie **Jetzt: Braustrasse 31, 1.** (Ecke Zeltzer Strasse.) Sprechst. wochentags 12-1, 1/4-5 Uhr. Alle Krankenkassen.

Frisches Schweinefleisch

Bauch, Fettes u. Schmer Pfd. 1.- Hamm .. 1.10 Koteletten .. 1.20 **Kirchstr. 78** Ecke Konradstraße Eßluden

Saal, vollständig neu vorgerichtet, neue Lichteffekte. Sonntag, den 7. 21. und 28. März noch frei! Gleichzeitig wird der Saal Vereinen, Korporationen, insbesondere größeren Geländevereinen, zur Abhaltung von Vereinsabenden, Versammlungen usw. empfohlen. **Baumanns Gesellschaftshaus** (Inhaber G. Baumann) & Volkmarstraße, Kirchstraße 82 - Telefon 61018